ZECK

Lautsprecher aus der Roten Flora

Nr. 95 | Februar 01



Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Geneigte LeserInnenschaft!!

»Wir sind doch eine politische Zeitung und kein Klatschblatt!«, so ein entsetztes Redaktionsmitglied beim Anblick des Textes zum KSK. Nun, ob dem so ist lässt sich anhand des vorliegenden Exemplares überprüfen...
Ein Nach- bzw. Vortrag zum Castor-Artikel wäre noch zu vermelden: Nach Weisung von Innenminister Schily sieht z.Zt. alles danach aus, als ob der Castor aus Neckarwestheim, der für Anfang März geplant war, ausfällt. Der Termin für den Transport ins Wendland steht mittlerweile fest: In der Nacht vom 26. Zum 27.3. überquert der Castor die deutsch-französische Grenze bei Strasbourg/Kehl. Am 28.3. soll der Castor dann in Dannenberg am Verladekran sein Dort wird dann auf LKW verladen, was mindestens 5-6 Stunden dauert. Wann es dann auf der Straße weitergeht, hängt von der Tageszeit ab – die Bullen wollen vermutlich einen Nachttransport vermeiden.

Aufruf zu Spenden und Daueraufträgen für Voice

The Voice Africa Forum hat sich in den letzten Jahren zum wohl bedeutendsten herkunftsländerübergreifenden Selbstorganisierungsansatz von Flüchtlingen entwickelt. Neben dem Menschenrechtsverein aus Bremen ist Voice die tragende Säule der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, vielfältige Projekte wie der Kongreß in Jena oder aktuell die Kampagne gegen die Residenzpflicht gehen auf Initiativen dieser Gruppe zurück.
Ob bei den Grenzcamps oder anderen wichtigen Veranstaltungen und Aktionen von "kein mensch ist illegal", ob bei Demonstrationen gegen Abschiebungen an den Flughäfen in Berlin oder Frankfurt ... Voice-Aktivisten beteiligen sich an nahezu allen wesentlichen antirassistischen Mobilisierungen. Darüberhinaus sind sie lokal, insbesondere in Jena bzw. Thüringen, in breiteren Bündnissen verankert.
Die Basis ihrer langfristig angelegten Aktivitäten sind die sich ständig erneuernden Kontakte in die Flüchtlingsheime. Die Ermutigung und Mobilisierung von Flüchtlingen gelingt wohl keiner anderen Gruppe in diesem Maße.
Doch die Handlungsfähigkeit von Voice, ihre Möglichkeit der Mobilisierung und Organisierung, ist permanent damit konfrontiert, an finanziellen Engpässen zu scheitern. Es liegt angesichts der sozialen Entrechtungen von Asylsuchenden auf der Hand, daß eine Flüchtlingsselbstorganisation sich über ihre Mitglieder und Sympathisanten nicht finanziell tragen kann.
Der Karawanekongreß im vergangenen Frühjahr mit einem Etat von mehr als 100.000 DM hat erfolgreich gezeigt, daß selbst solch hohe Summen zusammengebracht werden können, wenn viele Gruppen mitarbeiten.
Der Aufruf jetzt zu Daueraufträgen und Spenden soll und kann, ein ähnliches Verständnis vorausgesetzt, der Gruppe Voice eine regelmäßige (monatliche) finanzielle Basis verschaffen.
Alle Gruppen und Einzelpersonen sind deshalb aufgefordert, zu einem kontinuierlichen Spendenaufkommen beizutragen. Zwischen 30 und 50 DM monatlich können sicherlich 100 Gruppen oder Einzelpersonen aus dem linken Spektrum aufbringen. Diese Summe wäre eine konkrete, materielle Grundlage dafür, daß sich der von The Voice geschaffene Selbstorganisierungsansatz weiterentwickeln kann. Für die antirassistische Bewegung in der BRD messen wir genau dieser Möglichkeit eine besondere Bedeutung bei.
AktivistInnen von kein mensch ist illegal

Konto: The Voice Africa Forum, Jena
Postbank Leipzig
Kontonr.: 231 633-905
BLZ: 860 100 90

Ersatzobjekt für Infoladen Gießen gefunden!

Am 19.7.2000 wurde das Hinterhaus des selbstverwalteten Zentrums Südanlage 20, in dem sich der Gießener Infoladen befand, abgerissen. Das Anwesen war 1998 verkauft und die bestehenden Mietverträge gekündigt worden. Seitdem befinden sich die BetreiberInnen auf der Suche nach einem Ersatzobjekt, welches sie inzwischen wohl gefunden haben. Allein, es fehlt das Geld, um genau zu sein: ca. 60 000 DM. Wer also nicht weiß, wohin mit dem vielen Geld, sei hiermit dazu aufgerufen, es an den Förderverein Infoladen zu spenden: Ausführlichere Informationen befinden sich im Ordner im Schwarzmarkt.
Für den Erhalt selbstbestimmter Lebensräume! Kein Tag ohne Infoladen Gießen!
Spendenkonto: Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V. Stichwort „Förderverein", Konto-Nr.: 200 619 659; Bezirkssparkasse Gießen BLZ 513 500 25

Sommercamp im Wendland

Vom 28. Juli bis 5. August! Infos unter www.sommercamp-im-wendland.de.

Zeitzeugen in der GWA

6.Februar: „Das war eine Fabrik, eine Todesfabrik" Das Sonderkommando in Auschwitz. Bericht des Überlebenden Henryk Mandelbaum
8.Februar: „Unternehmen Bernhard"
Die Geldfälscherwerkstatt im KZ Sachsenhausen. Bericht des Überlebenden Adolf Burger
Jeweils 19.30 Uhr in der GWA, Hein Köllisch Platz

Das Rote Hilfe Cafe in der B5

In Zukunft nur noch jeden 2. Mittwoch im Monat in der B5 Brigittenstrasse 5 mit veranstaltung und Essen

14.2.01, 20 Uhr
„Residenzpflicht als ein staatliches Repressionsmittel gegen Flüchtlinge"
Informationsveranstaltung mit einem Vertreter von „The Voice". Die rassistische sogenannte Residenzpflicht für Flüchtlinge (das Verbot, einen bestimmten Landkreis zu verlassen) wird von den deutschen Behörden zunehmend als Mittel benutzt, Flüchtlinge politisch mundtot zu machen: wer z.B. auf einer auswärtigen Diskussionsveranstaltung als geladener Podiumsteilnehmer auftritt, wird wegen „Verstoß gegen die Residenzpflicht" strafrechtlich verfolgt. Gegen diese Verfolgung unterstützt die Rote Hilfe die betroffenen Flüchtlinge. Auf der Veranstaltung wird über konkrete Fälle und über die politischen Zusammenhänge informiert.

14.3.01, 20 Uhr
„Isolationsfolter – ein deutscher Exportschlager"
Seit den 70er Jahren gibt es in der BRD praktische Erfahrungen mit der Isolationshaft, die international als weiße Folter geächtet ist. Durch die Massaker des türkischen Regimes an den gegen die Einführung von Isolationszellen kämpfenden politischen Gefangenen ist das Thema Isolationshaft wieder stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. In der Veranstaltung soll über die Geschichte und Entwicklung der Isohaft in der BRD und ihre Verbreitung in andere Länder berichtet werden.





Olè Olè Olè vor der Roten Flora

Den Besuch des Ole von Beust vor der Roten Flora hatten wohl viele mit Spannung erwartet. Als Auftakt seiner Wahlkampagne hatte er sich diese location gewählt um seine Tiraden unters Volk zu bringen. Warum tut er das nur hatten sich die einen gefragt und solche Dummdreistigkeit schon beinah bewundert. Die Presse wiederrum war erstaunlich zahlreich vertreten, auf Oles lautes Rufen waren sie alle gekommen und die meisten erhofften sich wohl handfeste Auseinandersetzungen auf ihr Filmmaterial bannen zu können. Vor der Flora wurde es gemütlich hergerichtet, schön die Sofas ausgepackt, die Glotze instaliert und schon ließ es sich an diesem schönen Wintertag mit dem Cafe in der Hand in trauter Zwei- Drei- Vielsammkeit auf den einen warten. Der kam dann auch, locker in den Hüften schwingend, über das Schulterblatt herüber. Zu seiner rechten den cholerischen Karl-Heinz Warnholz (CDU-Abgeordneter) zu seiner linken des leicht verstört wirkenden Roger Kusch (sein Sicherheitsberater). Der Empfang war gewaltig: Konfetti, Luftschlangen, Pfeiffkonzert und sportlicher Gesang. Doch die Spaßbremse Ole schien nicht erfreut und seine rechte Hand Warnholz hatte auch nichts besseres zu tun als zu beleidigen und handgreiflich zu werden und nebenbei noch brav dafür zu sorgen Ole wieder von Konfetti und Luftschlangen zu befreien und immer wieder sein Haar glatt zu streichen. Spätesten hier konnten wir das HB-Männchen life begutachten. Eine wahre Freude. So setzte sich der Zug durchs Schulterblatt dann auch in Bewegung, vorneweg Ole, hinterher seine ungewollte AnhängerInnenschaft. Die erfreute sich an kreativen Gesangsspektakeln von Olè, Olè, Olè Olè bis Schwarzgeld für alle. Aber trotz des Versuchs immer wieder den guten Ole aufzumuntern, bleib dieser verbissen und unlustig. Auch die nun ab Mitte Schulterblatt massiv eintreffenden Einsatzkräfte ließen seine Laune nicht steigen. Vielleicht hat er ja endlich begonnen zu lächeln als er am neuen Pferdemarkt in seine dicke schwarze Limousine gestiegen ist, aber das konnten wir bei den dunklen Fenstern nun wirklich nicht mehr erroieren. Und schon war der Spuk auch schon wieder vorbei! Vorbei? Denkste! Eine gute Stunde später fuhren die Schergen mit großem Aufgebot vor die Flora um ein Transpi abzuhängen. Mit Wasserwerfern und Gerätewagen, jeder Menge Blaulicht und großem Tohuwabohu hatten sie sich vorgenommen die Vordertür aufzuflexen, durchs Haus zu rockern und schließlich das Transpi einzusäckeln. Doch bevor es soweit gekommen ist wurde das Transpi eingerollt. Jetzt ist es irgendwo im Stadtteil versteckt, und wer weiß, vielleicht findet es ja doch noch mal seinen Weg in die Öffentlichkeit. Ob die ganze Aktion Oles Rache war weil alle außer ihm jede Menge Spaß hatten bleibt einfach mal dahingestellt. Übrigens wurde das Transpi bereits die Nacht vorher von außen von den Bullen abgehängt, mit der Begründung Ole halts Maul/ CDULeitkulturrassisten verpißt Euch sei beleidigend, Strafanzeige ist gestellt.

Die Flora muss rot bleiben

Plädoyer für die Aufnahme von Gesprächen mit dem Senat

Wir wollen mit diesem Papier noch einmal in die nun öffentliche Debatte über die Zukunft der Roten Flora eingreifen. Wir sind eine radikale linke Gruppe, die seit mehreren Jahren zu unterschiedlichen Themen arbeitet und diskutiert. Ein großer Teil von uns war bis vor ein paar Jahren auch in der Flora aktiv.
Wir haben die flora-internen Diskussionen der letzten Wochen über das Vertragsangebot des Senats und des Bezirksamts Altona verfolgt. Wir haben uns jedoch lediglich zurückhaltend an ihnen beteiligt, da wir letztlich nicht mehr in der Flora engagiert sind und so die aus der Entscheidung resultierenden Beschlüsse nicht direkt umsetzen und die Konsequenzen nicht direkt tragen müssten. Wir denken dennoch, dass jetzt, da die Flora-Position öffentlich ist, der richtige Zeitpunkt ist, Stellung zu beziehen. Der Kampf für ein bestimmtes Ziel muss immer Raum für kritische Diskussionen und Kontroversen lassen; so müssen auch die Flora-AktivistInnen sich der Kritik aus ihrem solidarischen Umfeld stellen.
Wir plädieren in diesem Papier dafür sich doch auf Verhandlungen einzulassen. Diese Position wollen wir im Folgenden kurz begründen.

Geschichte und aktuelle Situation

Wenn man sich den aktuellen vom Bezirksamt Altona vorgelegten Vertragsentwurf betrachtet, ist erst einmal zu konstatieren, dass dieser bei weitem nicht so ‚schlimm' und so ablehnenswert ist wie die Angebote, die der Flora seitens der Stadt in der Verhandlungsphase 1992/93 gemacht wurden. Damals forderte der Senat, vertreten durch die damalige Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller (SPD) und den damaligen Altonaer Bezirksamtchef Hans-Peter Strenge (SPD), dass bei einer Vertragslösung ein zweiter von der Stadt zu benennender Träger eine Kindertagesstätte im oberen Geschoss der Flora einrichten soll. Aufgrund intensiver Arbeit – Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Flugblätter, Aktionen, genaue Vorbereitung der Verhandlungen – und mit Unterstützung eines breiten Bündnisses von linken Gruppen, anderen Sozial- und Kultureinrichtungen und AnwohnerInnen aus dem Stadtteil konnte die Flora sich damals eine recht gute Position verschaffen. Die Flora konnte verdeutlichen, dass die von der Stadt geforderte Lösung nur auf die Gängelung eines unbequemen Zentrums abzielte und die Arbeit eines stark frequentierten und funktionierenden Stadtteilzentrums behindern, wenn nicht sogar zerstören sollte. Der Senat brach im Frühjahr 1993 unvermittelt die Verhandlungen ab – letztlich möglicherweise weil gerichtlich Neuwahlen für die Bürgerschaft im Herbst 1993 angeordnet worden waren.
Die jetzt in internen Papieren und in Diskussionen oftmals geäußerte Einschätzung, bei einer Fortführung der Verhandlung wäre es entweder zu einem den Flora-Betrieb extrem verändernden ‚Kompromiss' im Sinne der Stadt oder zu einer Räumung gekommen, können wir nicht teilen. Die Position der Flora in den Verhandlungen war wesentlich besser, so dass auch andere, für die Flora bei weitem akzeptablere Vertragsabschlüsse hätten erreicht werden können. Zumindest wäre dem Senat beim Scheitern der Verhandlungen eine Räumung und deren Legitimierung in der Öffentlichkeit infolge der breiten und großen Unterstützung sehr schwer gefallen.
Auch wenn die Verhandlungen von der Stadt aufgezwungen waren, wurden diese – trotz allem Stress und aller Streitereien – positiv genutzt. Neben der großen Unterstützung für die Erhaltung der Flora wurden in der Kampagne Inhalte der Flora verbreitet und an gesellschaftliche und politische Gruppen herangetragen, die ansonsten im politischen Alltag nicht erreicht wurden.
Wir betrachten die Verhandlungen 1992/93 im Gegensatz zu den meisten jetzigen Flora-AktivistInnen eher als ein Beispiel, wie man mit viel Engagement, mit viel Herzblut und kühlem Kopf sowie mit großer Unterstützung eine schlaue Strategie in einem Aushandlungsprozess mit der Stadt, fahren kann, ohne die politischen Prinzipien aufzugeben.
Die damaligen ‚Angebote' des Senats können zurecht als *Angriff* bezeichnet werden, da sie zur Intention hatten, massiv in den Alltag der Flora einzugreifen. Hingegen scheint uns die Bezeichnung ‚Angriff' für den aktuellen Vertragsentwurf doch recht übertrieben. Abgesehen von einem sehr fragwürdigen Paragrafen bezüglich des Aufhängens von Plakaten - nur Werbung für den Betrieb des Zentrums wird gestattet - sowie bezüglich der Verantwortung, die Benutzung des Grundstückes durch Unbefugte - sprich: die Drogenszene - zu verhindern, ähnelt der vorgeschlagene Vertrag unserer Einschätzung nach einem recht normalen Gewerbemietvertrag. Er ist eher Ausdruck der politischen Linie des rot-grünen Senats, den Betrieb der Flora, die längst nicht mehr als Bedrohung angesehen wird, mit einigen Modifizierungen rechtlich festgeschrieben weiter laufen zu lassen, um so dass Thema ‚Flora' aus dem Wahlkampf möglichst heraus zu halten.

Politische Strategie

Wir wollen hier betonen, dass wir nicht dafür sprechen, dass die Flora von sich aus einen Vertrag anstreben soll. Wir können auch eine gewisse Attraktivität in der Haltung feststellen, Gespräche mit dem Senat und Verträge abzulehnen, da so eine radikale Kritik an den bestehenden ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnissen verdeutlicht werden kann, die besagt, dass auch ohne bürgerliche Rechtsformen Politik gemacht werden kann und öffentliche Räume genutzt werden können.
Nur stellt sich uns die Frage, wie denn linksradikale Politik derzeit vorangetrieben werden kann. Dabei kommen wir zu dem Ergebnis, dass das vordringliche Ziel sein sollte, die grundlegenden sozialen Verhältnisse Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat zu thematisieren und hier Veränderungen zu bewirken. Diese sind zwar selbstverständlich in unterschiedlicher Form mit dem Staat verknüpft, staatlich konstituiert und abgesichert, jedoch folgt daraus für uns nicht zwangsläufig, jede Verhandlung mit dem Staat per se abzulehnen und als Aufgabe eigener Prinzipien zu betrachten, wie es in vielen Diskussionen geäußert wurde.
Der Staat ist ein hochkomplexes Gebilde, letztlich ein soziales Verhältnis, eine materielle Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen. Alle Gesellschaftsmitglieder sind Teil der sozialen Verhältnisse, somit auch staatlicher Strukturen, die ihnen gleichzeitig verobjektiviert gegenüber treten. Ein solches Staatsverständnis hat nicht zur Folge, dass der Staat nicht bekämpft werden kann - nur ist eine differenzierte und genaue Herangehensweise an den Staat und an dessen Thematisierung notwendig.
Der Staat fördert rassistische Praktiken und stützt diese Gesellschaftsformation, die wir verändern und überwinden wollen. Wenn er der Linken im politischen Kampf als Gegner begegnet, muss die Politik auch antistaatlich sein, doch in einigen Situationen kann der Staat auch Ansprechpartner und Verhandlungspartner sein (z.B. hinsichtlich wohlfahrtsstaatlicher Leistungen). Es ist möglich, aus strategischen Gründen mit dem Staat zu verhandeln und gleichzeitig in den Verhandlungen antistaatliche Positionen zu vertreten. Auf die vielen Politikfelder, in denen die radikale Linke (auch Autonome) den Staat auffordern, dieses oder jenes zu tun oder zu gestatten, soll hier nicht eingegangen werden.
Bezogen auf die Flora ist daraus zu folgern, dass wir dafür plädieren, das Verhältnis zur Stadt/zum Senat *in der Frage der Flora selbst* nüchterner zu betrachten, den Senat

hier selbstverständlich als politischen Gegner anzusehen, aber nicht in dem Sinne, dass die Verhandlungen an sich quasi ein Tabubruch sind.
Verhandeln heißt, dass eigene Positionen eingebracht werden, dass um diese gerungen wird und dass schließlich eine Einigung erreicht werden *kann*, wenn die Ergebnisse akzeptabel sind. Man muss beim Sich-Einlassen auf Verhandlungen zwar mit einer Einigung rechnen, das bedeutet aber noch lange nicht, dass es zwangsläufig eine geben *muss*.
Verhandlungen zu führen und evtl. auch einer Einigung zuzustimmen, bringt in der Regel mit sich, dass die vielbeschworenen Kröten geschluckt werden müssen. Nur ist damit nicht gesagt, wie groß die Kröten sein müssen und dass man sich an ihnen verschlucken soll. Die Bedingungen des Senates im aktuellen Vertragsentwurf, die Drogenszene am Gebäude nicht zu dulden und auf politische Plakate zu verzichten, sind selbstverständlich inakzeptabel. Sie sind aber als Verhandlungsmasse anzusehen; deren Aufgabe müsste dem Senat in Verhandlungen abgerungen werden.
Wir können der Argumentation, in Verhandlungen über die Flora würden auch deren politische Inhalte mit verhandelt werden, nur bedingt folgen. Selbstverständlich ist der Senat, insbesondere die Innenbehörde, der Flora nicht wohl gesonnen, selbstverständlich ist eine der Intentionen des Senats, die Flora zu befrieden und bestimmte politische Praktiken zu verhindern oder zu kanalisieren. Doch es hängt doch von den Flora-AktivistInnen und -NutzerInnen sowie von anderen linken Gruppen ab, ob die eigene politische Arbeit davon bestimmt werden soll. Es geht doch - s.o. - primär um die politischen Inhalte, und die sind relativ unabhängig vom rechtlichen Status der Flora - sprich: Auch in einem Zentrum mit Verträgen kann radikale linke Politik gemacht werden. Oder soll den zahlreichen mit Verträgen ausgestatteten linksradikalen Zentren in anderen Städten dies abgesprochen werden?
Wenn es zu Konflikten mit dem Staat kommt, werden diese eben ausgetragen. Bezogen auf eine Flora mit Verträgen hieße dies: Wenn ein Transparent oder eine Aktion (an der Flora) zu einer Kündigung des Vertrages führt, dann wäre das eben so, und die Auseinandersetzung mit dem Senat befände sich wieder auf einer anderen - nicht rechtlich gebundenen - Ebene. Wenn der Vertrag aufgrund eines Transparentes gekündigt werden sollte, könnte die Flora gute Argumente in einer folgenden öffentlichen Debatte haben, in der zum einen die Absurdität des Verbotes verdeutlicht werden könnte, und in der zum anderen mit dem betreffenden Inhalt eines solchen Transparentes Politik gemacht werden könnte.
Hier ist noch einmal anzumerken, dass die Flora auch in den vergangenen Jahre bereits quasi (rechts-)staatlich gebunden war: Sie wurde faktisch vom Senat geduldet, es wurden Müll-, Strom- und Wassergebühren an städtische Einrichtungen entrichtet. Auch der Vorstand des Flora-Vereins hätte theoretisch für Vorfälle haftbar gemacht werden können.[1]
Unter der Frage von taktischen und strategischen Gesichtspunkten ist der sich abzeichnende Kurs als fatal zu bezeichnen. Die Flora ist im Falle einer Bedrohung auf ein breites Bündnis angewiesen, was eben nicht nur aus den verbliebenen 150 - 200 Autonomen in Hamburg und ein paar Zugereisten bestehen kann. Auch wenn das sog. linksliberale Spektrum stark zusammengeschmolzen ist, bleiben entsprechende Gruppierungen und Einzelpersonen wichtig für die Durchsetzung der Flora. Ebenfalls sollten AnwohnerInnen und Gewerbetreibende aus dem Schanzenviertel nicht per se als feindlich eingestuft und als UnterstützerInnen abgelehnt werden.
Hier kritisieren wir die entsprechenden Äußerungen mancher Flora-AktivistInnen, die ihren Hintergrund in der Diskussion über Drogen und Rassismus haben. Es ist beileibe zu einfach, die BewohnerInnen des Stadtteils in der großen Mehrheit als von Rassismen getrieben und law-and-order-fixiert einzustufen, wie dies in vielen Diskuusionsbeiträgen anklang bzw. auch deutlich so ausgesprochen wurden.[2] Rückblickend ist Mitte der 1990er Jahre ein Bruch in der Geschichte des Umgangs der Flora mit der Öffentlichkeit und den BewohnerInnen des Schanzenviertels auszumachen, als eben aus der berechtigten Kritik an Rassismen und Ausgrenzungsphantasien und –praktiken im Stadtteil eine fundamentalistische, undifferenzierte Position gegenüber den AnwohnerInnen eingenommen wurde. In der Vergangenheit vor diesem Bruch war ein differenziertes Zugehen auf die SchanzenviertelbewohnerInnen und eine Offenheit seitens der Flora tendenziell gegeben – eingedenk der Kritik des ‚Unser-Viertel-Mythos'.
Nur mit einer Unterstützung eines breiten Bündnisses und der BewohnerInnen des Stadtteils ist ein Kampf für die Flora – unabhängig davon ob mit oder ohne Verhandlungen - zu gewinnen. Fraglich ist, ob der momentane Kurs verständlich gemacht werden kann. Jenseits der autonomen Strukturen jedenfalls wird eine grundsätzlich Ablehnung von Verhandlungen (zumal noch über dieses Vertragsangebot) und eine Darstellung dieses Vertragsentwurfes als 'Angriff' auf das Zentrum kaum mehr zu vermitteln sein. Mit dem derzeitigen Kurs droht eine weitere Isolierung der Roten Flora. Wenn hingegen Verhandlungen eingegangen und strategisch schlau geführt würden und es dennoch zu einem Scheitern käme, hätte die Flora sehr viele gute Argumente, um auch gemäßigt Linke auf ihre Seite zu ziehen.
Die Frage ist, ob dies überhaupt gewollt wird...
Für uns stellt sich an diesem Punkt grundsätzlich die Frage worum es der radikalen Linken gehen sollte: Für gesellschaftliche Veränderungen kämpfen oder eine Rebel-Attitüde zur Schau stellen? Mit einem ‚reinen' linksradikalen Gewissen leben oder dafür streiten, dass mehr Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen? Radikale linke Politik darf nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen (insbesondere den Kräfteverhältnissen) stattfinden, sie muss von der Fähigkeit geprägt sein, sich auch mit nicht-genehmen Positionen auseinander zu setzen und Menschen mit anderen Positionen zu überzeugen. Nur so können hegemoniale Vorstellungen verändert und angegriffen werden, nur so kann ein gegen-hegemoniales Projekt entstehen.



Verhandlungen in der momentanen Situation könnten den politischen Raum öffnen, die eigenen Inhalte einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren und zugänglich zu machen und somit eine Politisierung zu betreiben - sowohl hinsichtlich der allgemeinen politischen Inhalte, als auch hinsichtlich der Situation des Zentrums.
Weiter fragen wir uns, ob unter den Flora-

AktivistInnen derzeit die Verteidigung der Flora - so oder so - überhaupt das Ziel ist. Es wurde von VerhandlungsgegnerInnen geäußert, dass das Gebäude an sich nicht so bedeutend sei, vielmehr gehe es um die Positionen.[3]
Mit einer solchen Haltung wird die Flora riskiert und mit ihr die Möglichkeiten, die ein solches politisches, soziales und kulturelles Zentrum hat. Die Flora wird derzeit von vielen Gruppen genutzt, sie bietet einen Raum für kulturelle Veranstaltungen und Partys, die nicht nur Genuss und Spaß bescheren können, sondern für die radikale Linke von elementarer politischer Bedeutung sind. ,Vorgelebtes' Alltagsleben und ein kulturelles Milieu können eine Anziehungskraft für Interessierte und somit ein wichtiger Faktor für eine Politisierung sein. Zudem bietet ein Zentrum wie die Flora vielfältige Möglichkeiten der politischen Meinungsäußerung und Agitation, die von unschätzbarem Wert für die Linke sind. Auch wenn wir die politische Außenwirkung der Flora der letzten Jahren und die Tendenz der Selbstisolierung für kritikwürdig halten, hat die Existenz des Zentrums eine große politische Relevanz für die Linke in Hamburg. Ein Verschwinden der Flora hätte sehr negative Konsequenzen – sowohl für die momentane Praxis, als auch für die Zukunft, in der das Potential der Flora weiter genutzt werden könnte.
Auch bezogen auf die Situation im Schanzenviertel hätte eine Räumung der Flora negative Auswirkungen. Hinsichtlich der voranschreitenden Aufwertung des Stadtteils mit einhergehenden Verdrängungsprozessen sowie der Repression gegen Dealer und Drogen-UserInnen hat die Flora in der Vergangenheit immer wieder interveniert und real negative Prozesse blockiert oder zumindest verlangsamt.[4] Wenn jetzt – so unsere Einschätzung – die Weiterexistenz der Flora riskiert wird, muss die Frage gestellt werden, was dies für die Situation im Schanzenviertel bedeuten wird.
Ist eine Nutzung des Gebäudes ,nach der Roten Flora' durch ein der Stadt genehmes Stadtteil- oder Kulturzentrum oder gar eine kommerzielle Nutzung besser als eine Rote Flora mit Vertrag, die politisch in den Gentrification-Prozess und die Drogenpolitik interveniert?
Die Flora hat gewissermaßen eine Verantwortung, sowohl für die Politik im Stadtteil, als auch für die Politik und Organisierung der radikalen Linken in Hamburg.[5] Die aktuelle Entscheidung, sich den Verhandlungen zu verweigern, birgt eine große Gefahr, die Flora zu verlieren, ohne dass dies zwingend notwendig wäre. Unserer Einschätzung nach wird bei einer konsequent fortgeführten Gesprächsweigerung die Räumung der Flora in einer zugespitzten Situation nicht zu verhindern sein, da derzeit kein breites Bündnis für eine solche Durchsetzung des Zentrums sichtbar ist.

Also:

Wir plädieren dafür, dass die Flora-NutzerInnen ihre Haltung gegenüber Verhandlungen mit der Stadt noch einmal überdenken. Selbstverständlich sind Verhandlungen mit dem Staat immer ein Risiko, und es gibt dabei was zu verlieren. Jedoch gibt es mehr zu verlieren, wenn die Flora sich auf eine Konfrontation mit dem Senat einlässt – nämlich das Projekt Flora mit seiner Praxis und seinen Möglichkeiten.
Mit einer breiten Unterstützung und einer kämpferischen Haltung können Verhandlungen jedoch zu einer akzeptablen Lösung führen, die die Flora weiterhin einen Ort für linksradikale Politik sein ließe.

gruppe rage

Fußnoten

1 Für einen möglichen Vertrag könnten über intensive juristische Beratungen eventuelle Fallen ausgeschlossen werden. Der Vereinsvorstand könnte beispielsweise von prominenteren ,öffentlichen' Personen gebildet werden, die schwerer kriminalisiert werden können. (Ja, wir bekennen uns zur Fußnotenpolitik!)

2 Dies ist aber eine andere Debatte, die wir hier - gleichwohl sie uns essentiell auch für die Vertragsdebatte erscheint - nicht ausweiten wollen.

3 Sehen wir auch so: Dann kann auch eine rechtliche Lösung in Kauf genommen werden.

4 Auf die forcierende Rolle, die ein linkes und subkulturelles Milieu im Gentrification-Prozess spielt, gehen wir hier nicht weiter ein. Hierzu ist in letzter Zeit einiges gesagt und geschrieben worden. Wir denken, dass die Erkenntnis, dass Linke an diesem Prozess beteiligt sind, nicht dazu führen darf, hier keinen Widerstand mehr zu leisten. Hinsichtlich der Drogenpolitik im Schanzenviertel könnte die Flora im Mittelpunkt eines Bündnisses gegen Ausgrenzung und für die Verbesserung der Situation der Abhängigen sein.

5 Hier soll gleichwohl darauf hingewiesen werden, dass diese Verantwortung nicht nur auf den Schultern der Flora-AktivistInnen, sondern auch auf denen der anderen aktiven Gruppen lastet.

Eine notwendige Antwort

Von Unbewiesenheiten und Vorwürfen

(Antwort auf den Artikel zum »Antisemitismusstreit« beim Freien Sender Kombinat (fsk) in der Zeck Nr.94)

Na , das wäre ja zu schön, wenn es so einfach wäre. »Wir erleben jetzt, was die Juden damals erlebt haben«, sei falsch, schreibt scc, aber antisemitisch sei es nicht. Möglich, dass das alles nicht als antisemitisch zu klassifizieren wäre, hätte der Vertreter der palästinensischen Gemeinde dies in einer langen und unkommentierten Stellungnahme als einzelne falsche Äußerung gemacht. Dem ist aber nicht so. Die Sendung war von zwei Leuten moderiert, es war ein Interview, ein Eingreifen durch die Interviewer wäre also problemlos möglich gewesen. Es blieb aus. Vielleicht könnte man auch dies noch durchgehen lassen, Fehler machen wir alle, aber die Äußerung endete nicht hier, sondern sie ging weiter und zwar in etwa so (ich zitiere aus dem Kopf): »50 Jahre Vertreibung und KZ«. KZ? Was war das noch gleich? Ein Lager im Libanon? Mag sein, dass der palästinensische Gast der Sendung die Shoah nicht leugnen ***wollte***. Mag auch sein, dass die beiden deutschen Moderatoren das nicht wollten, aber wie heißt es in der Erklärung von Radio Loretta: »Es gibt Vergleiche, die einer Leugnung nahekommen.«
»50 Jahre Vertreibung und KZ« werden also Israel vorgeworfen, dem Staat, dessen Gründung das Ergebnis der jahrhundertelangen Verfolgung und Ausgrenzung der Juden in Europa und ihrer schließlichen industriellen Ermordung durch die Deutschen ist; Israel, dem Staat, der als Schutzzone für die Opfer gegründet wurde[1]. Und zwar fälschlich wird es vorgeworfen, wie ja auch scc weiß und schreibt. Aber antisemitisch ist das nicht, meint scc. Antisemitisch ist es also nicht, wenn die jüdischen Opfer mit den deutschen Tätern als Betreiber von KZs gleichgesetzt werden? Möglich, dass man andernorts darüber hinwegschauen könnte; möglich, dass in Palästina, in Kurdistan oder in England anders mit einer solchen Äußerung umgegangen werden könnte, man hat dort ja nicht die industrielle Ermordung der Juden organisiert. Wahrscheinlich aber dürfte man auch dort nicht darüber hinwegsehen. Ganz sicher darf man dies nicht in Deutschland, ganz sicher hätten die zwei Moderatoren nicht nur eingreifen sollen, sondern eingreifen ***müssen***. Und zwar nicht, weil der Vergleich, wie scc schreibt, »sein eigentliches Ziel verfehlt« und dem palästinensischen Kampf schadet, sondern weil für diesen Vergleich gilt, was scc zufolge für die Angriffe auf Synagogen und jüdische Einrichtungen gilt: »Sie beför-

dern und bestätigen Antisemitismus« – ganz unabhängig vom »gesamten – überprüfbaren – Kontext«. Um das klarzustellen: Die Angriffe auf jüdische Einrichtungen, ob von Palästinensern oder anderen, befördern nicht einfach den Antisemitismus, diese Einordnung ist verharmlosend: Die Angriffe ***sind*** antisemitisch. Und mit diesen Angriffen, nicht mit der Erklärung von Radio Loretta, werden »umstandslos die Juden und die jüdische Lebensweise mit dem israelischen Staat« (scc) identifiziert, wenn für sie in Anspruch genommen wird, sie richteten sich (auch) gegen die israelitische Politik. Diese Angriffe müssen auch nicht bloß als Bedrohung der jüdischen Gemeinde »verstanden werden«, sie ***sind*** eine Bedrohung. Damit genug von ***ganz harmlosen*** Euphemismen.

Die Lehre von den Denkweisen

Um von der Defensive in den Angriff überzugehen, entdeckt scc das Problem der »deutschen Denkstrukturen« und zeigt dabei einen traurigen Reflex deutscher Linker auf.

Denn nicht Radio Loretta, sondern scc macht sich »unbewiesener Vorwürfe« schuldig. »Radio Loretta und die Mehrheit der Anbieterinnengemeinschaft« haben nämlich keineswegs »jede Kritik am Staat Israel per se als antisemitisch denunziert«, sondern eine sehr konkrete Verharmlosung der Shoah zurückgewiesen[2]. Daher haben sie auch keineswegs den Gedanken durscheinen lassen, »dass die Person und ihre Lebenspraktiken untrennbar mit dem Staat verbunden sind und durch ihn und nur durch ihn ihre Identität, ihre Bestimmung gewinnen«. Man muß sich fragen, wo dieser Reflex – Kritik an antisemitischen Äußerungen zurückzuweisen, wenn sie sich gegen Israel wenden – herkommt. Doch will ich mich hier nicht an der Beantwortung dieser Frage versuchen und mich lieber auf die Konsequenzen der Argumentation scc`s konzentrieren.

Schauen wir also noch einmal auf den Sachverhalt: In der fsk-Sendung wurde behauptet, die Palästinenser erlebten durch Israel »50 Jahre Vertreibung und KZ«. Dagegen bezieht Radio Loretta – berechtigt – Stellung und weist es als in der Konsequenz antisemitisch zurück. Dies, meint scc, identifiziere »umstandslos die Juden und die jüdische Lebensweise mit dem israelischen Staat«. Damit aber wird von scc umgekehrt der israelische Staat von der jüdischen Geschichte und dem (europäischen) Antisemitismus losgelöst. Diese Sichtweise dürften jedoch nicht nur die jüdischen Gemeinden überall auf der Welt und der israelische Staat für missraten halten, sondern sicherlich auch scc. Was Radio Loretta macht, ist sich des deutschen Antisemitismus – des vergangenen wie des gegenwärtigen – bewusst zu sein und sich deshalb bewusst mit dem Staat Israel, als Konsequenz von Antisemitismus und deutschem Judenmord, zu solidarisieren. Denn wie Ulrike Meinhof schon 1967 schrieb: »Es gibt für die europäische Linke keinen Grund ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht bis in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein, den britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet haben« (U. Meinhof: Drei Freunde Israels, konkret Nr.7/1967). Das aber ist keine »Haltung, die jede Kritik an Israel als antisemitisch zum Schweigen bringen will und damit die israelische Politik für sakrosankt erklärt« und man fragt sich woher dieser Vorwurf genommen ist. Was hat Radio Loretta – und davon ist die Rede – wohl getan und geschrieben, das diesen Vorwurf rechtfertigt? Nichts. Und auch hier zeigt sich, dass in der Umkehrung ein Schuh draus wird: Der Vorwurf, eine Kritik an antisemitischer – oder auch bloß falscher, wie doch scc anerkennt - Kritik am Staate Israel erkläre dessen Politik für unantastbar, kann realiter nur dazu dienen, umgedreht die arabische und palästinensische Politik der Kritik zu entziehen und mit ihr ihre deutschen Sympathisanten. Und da tappt scc dann auch gleich in die selbst aufgestellte Falle: Zu sagen die Palästinenser erlebten »50 Jahre Vertreibung und KZ«, ist also auf gar keinen Fall antisemitisch. Von denen, die die Äußerung aber kritisieren, da müsse man »verlangen, dass sie antiarabischen/antiislamischen Ressentiments nicht aufsitzen«.



Zur Gegenwärtigkeit des Problems

Nein. »Verlangen« muss man, dass sich die westdeutsche Linke – 10 Jahre nachdem Deutschland wieder ein großes »einig Vaterland« wurde, 10 Jahre nachdem die Sowjetunion von der Weltbühne abgetreten ist – endlich die antiziionistischen Zöpfe abschneidet. Mag es in den 70ern und 80ern, in der zeit der »Systemauseinandersetzung«, Gründe gegeben haben, die den Antizionismus zumindest verständlich machten[3], mag damals Israel tatsächlich zu bedeutenden Teilen ein »Vorposten des US-Imperialismus« gewesen sein, so ist dies heute längst Geschichte. Heute ist Israel drauf und dran ein neuer Fall us-amerikanischen und deutsch-europäischen Weltordnungsbedarfs zu werden, heute sind es Arafat und die PLO, die nach US-Unterstützung rufen und sie auch bekommen, vorerst mit Abstimmunsenthaltungen der USA im Sicherheitsrat, bald womöglich auch mit Truppen, die, ob als NATO-Truppen oder als UN verkleidet, im Nahen Osten die Ordnung der beiden Großimperialisten USA und Deutsch-EU-Land herstellen. Und in dieser Situation stellen sich manche Linke hin und tun so, als wäre nichts geschehen, wenn auf fsk zwei deutsche Moderatoren es zulassen, dass Israel KZs unterstellt werden. So, als bliese dieser Vergleich nicht in das Horn all´der Walsers und Schröders, der Merz` und Merkels, so, als wäre der Antisemitismus nicht einer der zentralen Bestandteile der deutschen Normalisierungsdebatte und der inneren, ideologischen Wiederherstellung der deutschen »Handlungsfähigkeit« im imperialistischen Weltgeschehen; so, als wäre die deutsche Vergangenheit nicht allzu gegenwärtig. Nicht Radio Loretta verhält sich »in Bezug auf die Unterstützung einer friedlichen Lösung im Nahen Osten (...) kontraproduktiv«, sondern jene, die noch jede Kritik an Israel verteidigen, auch wenn sie antisemitisch ist und den faschistischen Judenmord verharmlost und relativiert. Jene verhalten sich kontraproduktiv, die sich wie »Knast und Justiz Radio« (mit der »persönlichen Erklärung») in der walserschen Pose des Tabubrechers aufstellen und meinen, sagen zu dürfen »aber Ignatz Bubis war nicht nur Spekulant, er war auch Jude. Dadurch bot sich für die fsk-AufräumerInnen eine gute Möglichkeit, den Antisemitismusvorwurf (...) zu benutzen«. Natürlich, »die

Auschwitzkeule«, diesmal auf links gestrickt. Ein Schelm, wer etwas Böses dabei denkt.

Eine notwendige Diskussion?

»Kampf gegen Antisemitismus und antiimperialistische Solidarität dürfen auch nicht gegeneinander gestellt werden« heißt es in der Unterüberschrift zu dem Artikel von scc. Wohl gesprochen ist das. Aber dieser Satz liest sich in beide Richtungen: antiimperialistische Solidarität darf eben auch nicht gegen Antisemitismuskritik ausgespielt werden. Er impliziert – allemal im Angesicht der deutschen Geschichte und der heutigen Reorganisation der deutschen Großmacht mit ihrem Rassismus und ihrem Antisemitismus – auch einen Anspruch an den Antiimperialismus: Nämlich dem antisemitischen Ressentiment in jeder Form offensiv entgegenzutreten und damit auch jeder Relativierung der industriellen Ermordung der europäischen Juden.

Und das tut man eben nicht, indem man »die Verbrechen des deutschen Faschismus, die Ermordung von 6 Millionen Juden« thematisiert und »die Gefahr, mit der Kritik an Israel falschen Beifall« zu bekommen, um dann im Gegenzug ein paar antisemitische Klopfer loszulassen. Das tut man auch nicht, indem man den Kritikern dieser Antisemitismen, fälschlicherweise, wie ich gezeigt habe, vorhält, sie würden mit unbewiesenen Behauptungen arbeiten; man tut es nicht, indem man ihnen unterstellt, sie würden als »Antinationale« und »Antideutsche« deutschen Denkstrukturen verhaftet sein[4]; man tut es nicht, indem man gänzlich ohne jede Begründung behauptet, sie erklärten »die israelische Politik für sakrosankt«, weil sie sich antisemitischen Äußerungen von Linken entgegenstellen; man tritt dem Antisemitismus auch nicht antiimperialistisch entgegen, indem man den Kritikern der deutschen antisemitischen Wiederherstellung antiarabische und antiislamische Ressentiments vorwirft, wenn sie linke deutsche Radiomacher kritisieren, die eine Relativierung des deutschen Judenmordes zulassen.

Notwendig an dieser Diskussion ist nur die Frage, wie heute eine Kritik am Imperialismus geführt werden kann (und muss), ohne dass sich dabei einige Leute in Antisemitismen verstricken, notwendig ist die Frage, wieso sich diese Leute heute in eben jenen verfangen.

Das Leid der Palästinenser ist nicht zu leugnen und insofern auch nicht die Notwendigkeit von Solidarität, aber es wird angesichts von Sätzen wie »Habt kein Mitleid mit den Juden (...) Wo immer ihr sie trefft, tötet sie»[5] wohl auch diskutiert werden müssen, wie Solidarität mit der PLO möglich ist und ob die Zuversicht von scc über den »sozialen Gehalt« und den »antiimperialistischen-emanzipatorischen Charakter des Kampfes« immer so angemessen ist.

Zum Schluß

Die Reaktionen von Forumradio zeigen deutlich, wie wenig ernst manche Linke das Problem Antisemitismus nehmen und wie nötig daher auch Lorettas Kritik ist. Die Reaktionen zeigen auch, wie sehr sie selber den Kurzschlüssen des antisemitischen Denkens unterliegen. Da wird bedenkenlos walserhaft eine »Antisemitismuskeule« behauptet, da werden hinterhältige Verschwörungen herbei phantasiert, dass es nur so kracht, nur eines wird nicht: Ein Gedanke daran verwendet, was mit Antisemitismus ist und ob vielleicht etwas dran ist an dem Vorwurf.

Nach dem doch eher skandalösen Beitrag in ***Lokalberichten*** 23/00 hebt sich scc`s Versuch, sich argumentativ mit dem Problem zu befassen, angenehm ab. Leider sind aber scc`s Argumente zu schwach.

Ich möchte deshalb meinen Beitrag als den Einwand eines Genossen verstanden wissen, der erschrocken ist über die Leichtigkeit, mit der mit dem Problem Antisemitismus – wenn er von Linken formuliert wird – umgegangen wird. Wie kommt es, dass der Antisemitismus so einer Aussage Linken sofort auffällt, wenn sie von Seiten der CDU kommt, aber eine »nichts sehen, nichts hören, nichts sagen»-Haltung eingenommen wird, wenn solche Äußerungen von Linken kommen?

Es kann keine Begründung sein, dass diese Linken eben Linke sind und darob keine Antisemiten – gewiss keine dezidierten. Selbst wenn diese Annahme richtig wäre, so bliebe doch, wie scc schreibt, dass ein Autor »die Folgen seiner Darstellungen ... nicht unbedingt in der Hand« hat. Um so mehr ist deshalb von allen zu fordern, sich eben nicht bloß verbal vom Antisemitismus zu distanzieren, sondern Aussagen – zumal wenn es um Israel und Palästina geht – so zu formulieren, dass »die Gefahr, von der falschen Seite Beifall zu bekommen«, möglichst ausgeschlossen ist. Das mag nicht immer leicht sein, und im Fall des Antisemitismus setzt es sicher auch ein erhebliches Maß an Auseinandersetzung mit dem Stoff voraus. Da gehören Begriffe und Verhältnisse geklärt wie: sekundärer Antisemitismus, Antizionismus, wiedervereinigtes Deutschland und seine Gedenk- und Schlussstrichkultur oder »Normalisierung«. Es muss aber von Linken in Deutschland, ob »antinational« oder »antiimperialistisch«, ob »antideutsch« oder »antikapitalistisch« oder alles zusammen, verlangt werden diese Auseinandersetzung zu führen.

Die Gefahr mit dem »falschen Beifall« ist zu bändigen, aber nur, wenn bedacht wird, dass wir uns in der Öffentlichkeit auf Feindesland bewegen: Der Mainstream ist proimperialistisch, nationalistisch und antisemitisch und unsere Äußerungen müssen das berücksichtigen. Tun sie es nicht, bedeutet es de facto, die Naumanns, Walsers und Schröders zu stützen. Tun sie es, setzen sie dem System wenigstens verbal etwas entgegen – und wir brauchen keine, ohnedies stets verdächtigen, lauten Erörterungen über »Beifall von der falschen Seite«.

Jik

(Den Text entnahmen wir den Lokalberichten 01/01 v. 11.1.01. Hingewiesen sei an dieser Stelle auf den Text «...eine ausführliche und fundierte Moderation...« von Mitgliedern der Radiogruppen Academic Hardcore, Radio Loretta und Stadtteilradio, erhältlich bei FSK, Schulterblatt 23c, 20357 Hamburh)

1 Natürlich als einfache Lösung für die glorreichen europäischen Nationen, deren Interesse am Schutz der Juden vor und an ihrer Unterstützung gegen den Antisemitismus nie allzu ausgeprägt war und die froh waren »das Judenproblem« nach Palästina auslagern zu können. Und nein, Israel ist nicht das Ergebnis des Zionismus.

2 Und einige andere Antisemitismen. Radio Loretta hat sich in der Erklärung nämlich keineswegs auf die von scc zitierte Stelle beschränkt, sondern zumindest im Radio (und welches Forum wäre für eine Radiogruppe richtiger?) am 22.11. auch andere Stellen aus der kritisierten Sendung gebracht. Da wäre z.B. die Aussage eines der Moderatoren »die Wiedergutmachungszahlungen« seien gar nicht an die Opfer gegangen, sondern an Israel. Haaalloooo, jemand da drin, da oben? Mag ja sein, dass »Israel« und »jüdische Opfer« nicht deckungsgleich sind, aber Israel und die Opfer dergestalt zu trennen, wie soll man das nennen? Ist das kein Geschichtsrevisionismus? Ist das nicht in der Konsequenz antisemitisch? Oder wie ist es mit der im gleichen Satz – und also immer noch mit Bezug auf Israel – gemachten Aussage, es sei bezeichnend, dass Globke, der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze in der Verhandlungskommission gesessen habe? Bezeichnend ist diese Äußerung – und zwar für das denken und die politische Haltung des Moderators.

3 Verständlich vielleicht, aber richtig gemacht haben sie sie auch damals nicht, die als Antizionismus firmierende Entsolidarisierung mit jenen Opfern der deutschen Judenermordung, die sich im Staat Israel wiedergefunden (oder dort eine sichere Heimat gesucht) haben.

4 Es sind die inkriminierten Denkstrukturen darüber hinaus in der Tat auch noch keine spezifisch deutschen, sondern allgemein bürgerlichnationale, jeder Staat verlangt von seinen Untertanen diese Identifikation der Person mit ihrer Nation, andernfalls stellen sie ein Problem für sein nationales Programm im imperialistischen Weltsystem dar. Die spezifisch deutschen Denkstrukturen unterscheiden sich davon durch die Naturalisierung und die Rassifizierung dieser Form über die »Blutsverwandschaft«.

5 Ausschnitt aus einem im offiziellen Rundfunk der palästinensischen Autonomiebehörde übertragenen Freitagsgebet v. 13.10.2000, zitiert nach konkret 12/2000, S.18

Wenn die Zeichen auf Verzagtheit stehen

Diskussionspapier anläßlich der Gerichtsprozesse gegen die Revolutionären Zellen/Rote Zora

Einleitung

Wenn die Zeichen auf Verzagtheit stehen, wenn das alles schon ewig rum ist, wenn wir gar nicht direkt betroffen sind, müssen wir uns die Frage gefallen lassen, warum wir eine Diskussionsgrundlage schaffen wollen für die Auseinandersetzung mit den in Frankfurt und Berlin laufenden RZ-Prozessen.

Mit diesem Positionspapier wollen wir weder für die Gefangenen sprechen noch für die Art von Solidaritätsarbeit, die sich einzig und alleine auf juristische Positionen der Rechtsanwälte zurückzieht. Wir möchten mit diesem Papier gleichwohl die Gefangenen wie auch alle die ansprechen, die ein Interesse daran haben, der politischen Anklage etwas entgegenzusetzen. Wir sind davon überzeugt, daß jede Art von Agieren auf der jurisitschen Ebene, jede Aussageverweigerungskampagne als Reaktion auf eventuelle weitere Ermittlungsverfahren auch im politischen Sinne nur erfolgreich sein können, wenn sie die eigene politische Positionierung kenntlich machen.

Für die an der Diskussion beteiligten autonomen Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Teilen der BRD ergab sich die Notwendigkeit zu diesem Papier aus einem historischen wie politischen Interesse an der Klärung der Frage: Was für eine Bedeutung hatten die RZ/Rote Zora für die Autonomenbewegung und in welchem Wechselverhältnis stand Theorie und Politik der RZ/Rote Zora mit den verschiedenen militanten Ansätzen?Wir sind der Ansicht, daß eine militante Politik, die sich in die Zukunft hinein formulieren will, nicht umhin kann, sich mit der Theorie und Praxis der RZ/Rote Zora und ihren Erfahrungen auseinanderzusetzen.

Wir wollen und können keine Handlungsanweisung verfassen weder für diese noch für kommende Prozesse. Unser Interesse ist eine politische Auseinandersetung, jenseits von Unschuldskampagnen und dem Versuch, die linke, militante Politik der RZ auf die »Flüchtlingsfrage« zu reduzieren.

Im folgenden gehen wir zurück zu der politischen Situation in der BRD, die für die Anfänge der RZ-Geschichte entscheidend war. Das Verhältnis zwischen der damals sogenannten »legalen« und der »bewaffneten Linken« 1967 - 80 wird beleuchtet. Anschließend werden die Grundzüge der Politik der RZ und ihre Veränderungen im Laufe der letzten 25 Jahre nachgezeichnet und Wechselwirkung mit autonomen Politiken aufgezeigt.

Am Ende unseres Textes formulieren wir eine Kritik des politischen Verratsbegriffs sowie des Verhaltens Tarek Mouslis und schlagen praktische Konsequenzen vor, die sich für uns daraus ergeben.

Legale und bewaffnete Linke 1967 bis 1980

»Nein, aber Sie erwarten doch wohl nicht, daß ich mich von der Roten Armee Fraktion distanziere. Ich möchte nicht in den Or-



den linker Oberpriester aufgenommen werden, die der Baader-Meinhof-Gruppe ihren Segen verweigern. Lenin hat gesagt, daß der erste Schuß erst abgefeuert werden darf, wenn die Revolution losgeht. Die Kommunisten in der Baader-Meinhof-Gruppe setzen ihr Leben für die Gegethese ein, nämlich, sie wollen beweisen, wenn nicht endlich der erste Schuß losgeht, die Revolutin verschlafen und verfressen wird. Daß nun Leute ihre Leben für eine These aufs Spiel setzen, mag für das gebildete Publikum seine typisch deutsche Komik haben, aber immerhin hat die RAF wichtige Antworten auf die Frage geliefert, ob und in welchem Maße die Methoden der südamerikanischen Tupamaros in Westeuropa anwendbar sind. Und solche Erfahrungen werden nicht in Wortgefechten gemacht, sondern in praktischen Kämpfen. Billiger sind neue politische Erkenntnisse nicht zu haben.«, so Wolf Biermann Anfang der 70er Jahre.

Dreißig Jahre später klingt dieses markige Zitat eines heute konservativen Welt-Redakteurs wie »von einer anderen Welt«, eine Welt, in der es für radikale Linke eine politische Selbstverständlichkeit war, den bewaffneten Kampf praktisch zu diskutieren und mit den Militanten solidarisch zu sein. Die Black-Panther-Solidaritätsdemonstrationen in Frankfurt waren beeindruckend groß, die »Theorie des Guerillakriegs« von Mao Tse-tung erreichte im Mai 1968 eine Auflage von 80.000 Exemplaren, zum Vietnam-Kongress im Februar 1968 in West-Berlin wurde die Parole »vom Protest zum Widerstand« erfunden. Der Kongress von 5.000 TeilnehmerInnen war sich einig, daß die bewaffneten Aufstände gegen die »Internationale des Verbrechens« [den Imperialismus, d.V.] (Che Guevara) durch eine »Zerschlagt die NATO Kampagne« unterstützt werden müsse, denn »wenn sich dem Vietcong nicht ein amerikanischer, europäischer und asiatischer Cong zugesellt, wird die vietnamesische Revolution ebenso scheitern, wie andere zuvor.« »Das Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität«, so Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl in ihrem Organisationsreferat auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS 1967. Emphatischer Internationalismus, Guerilla-Mentalität gegen abstrakten Sozialismus, »die Nacht in der wir versunken waren, abzuschütteln und hinter uns zu lassen« (Frantz Fanon) entsprach den Bedürfnissen von Teilen der 1967 entstandenen sozialistischen APO. Nur wenige Jahre später wird diese politische Nähe zum Konzept Stadtguerilla von vielen Linksradikalen bestritten.

In den folgenden Jahren zeigte es sich, daß die radikale Linke der begonnenen Konfrontation nicht gewachsen war, daß sie ihr Selbstbewußtsein und ihren Optimismus den internationalen Befreiungsbewegungen entliehen hatte und der Dynamik der politischen Entwicklung nicht stand hielt. Die Medienhetze nicht nur gegen die »Baader-Meinhof-Bande« verunsicherte, die sichtbar gewordenen Arsenale staatlicher Macht und kollektiven Gewaltphantasien der Bevölkerung gegen die »Feinde der Nation«, kulminierend im »Deutschen Herbst 1977«, versetzten viele Linke in panische Angst.

»Wenn von der RAF geredet wird, herrscht nur noch frei flottierende Angst« so die Politikon-Redaktion in ihrer Stellun-

gnahme zum bewaffneten Kampf der RAF 1975, und Herbert Marcuse, von der bürgerlichen Gesellschaft als einer der intellektuellen Väter des Terrors stigmatisiert, distanzierte sich im gleichem Jahr im Fernsehmagazin Monitor vom »Terror der Kleingruppen«, die er objektiv nicht als Teil der sozialistischen Bewegung sieht: »Wenn politische Aktionen willentlich zum Opfer von Unschuldigen führt, dann ist das genau der Punkt, wo politische Aktion, subjektiv politische Aktion, in Verbrechen umschlägt.« Die RAF hatte 1972 im »Konzept Stadtguerilla« auf diesen wiederholten Vorwurf geantwortet: »Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung (von Andreas Baader, d.V.) auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke dabei angeschossen wird - sie ist uns oft genug gestellt worden - kann nur mit
Nein beantwortet werden. Die Frage, was wäre gewesen, wenn, ist aber vieldeutig - pazifistisch, platonisch, moralisch, unparteiisch. Wer ernsthaft über Gefangenenbefreiung nachdenkt, stellt sie nicht, sondern sucht sich die Antwort selbst.« In diesen konträren Stellungnahmen ist die Haltung zu erkennen, die Fragen des politischen Gegenübers nicht ernstzunehmen, entweder den Fragenden oder den Inhalt der Frage abzuqualifizieren. In dieser gegenseitig denunziatorischen Haltung haben sich legale und bewaffnete Linke sich nichts geschenkt, allerdings mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen: für die bewaffnete Linke bedeutete es eine verheerende politische Isolation.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß im Revolutionären Zorn Nr.3 vom Mai 1977 der Revolutionären Zellen ausgerechnet der Psychologieprofessor Peter Brückner denunziert wird (»dessen politischer Identitätsverlust als Banalität, Seichtheit und Geschwätzigkeit in Erscheinung tritt«, Rev.Zorn Nr.3), der in den Büchern »Gewalt und Solidarität« (mit Barbara Sichtermann, anhand der Auseinandersetzung um die Ermordung Ullrich Schmückers durch die Bewegung 2.Juni) und »Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse« der westdeutschen Stadtguerilla unbequeme Fragen stellte, auf die diese kaum eine Antwort hatte außer Polemik und Beschimpfung. Die bewaffnete Linke konnte auch diese Kritik nur noch als Funktion in einer gegen sie gerichteten Kampagne innerhalb der Linken sehen. Peter Brückner war 1977 der einzige Professor, der wegen seiner politischen Einstellung von der Hochschule suspendiert wurde und der trotz öffentlichem Druck keine Distanzierungserklärung von der RAF abgegeben hatte. Tatsächlich entwickelten sich Fraktionen der neuen Linken zur »Staatsschutzlinken«, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, den Terrorismus zu bekämpfen. Gerade in Bezug auf den Deutschen Herbst 1977 hagelte es Untergebenheitserklärungen gegenüber dem Staat, Distanzierungen und Entsolidarisierungen von der bewaffneten Linken, der Ton der Denunziationen wurde massiver und schärfer, die Wahl der Mittel der Bekämpfung moralisch immer skrupelloser. 1977 nahm zum Beispiel der heute rechtskonservative Bernd Rabehl, damals prominentes Ex-SDS-Mitglied und Redakteur der Zeitung »Neuer Langer Marsch« an einer Internationalen Terrorismus-Konferenz mit Laqueur (Haupttheoretiker der Anti-Guerilla-Strategie) und Horchem (Chef des Hamburger Verfassungsschutzes) teil. In diesem politischen Klima sahen zum Beispiel die Revolutionären Zellen den Bruch zwischen der legalen und bewaffneten Linken, und erklärten, nicht mehr Teil dieser Linken zu sein Die Autonomie- Redaktion bezeichnete 1980 den Teil der Linken, den sie für eine koordinierte Anti-Terror-Kampagne verantwortlich machte, als »OSI - SB - SPD - Juso - Mafia« (Westberlin - Frankfurt), die endlich »als neue sozialtechnische Intelligenz der Mittelklasse« an Herrschaft beteiligt werden möchte. Das Buch von Hans Joachim Klein »Rückkehr in die Menschlichkeit« im Rowohlt-Verlag und das »Mahler-Baum-Gespräch« als Titelstory des Nachrichtenmagazins Spiegel Ende 1979 stellten so etwas wie einen Schlußstein in der »Anti-Terrorismuspolitik« dieser Fraktion mit Hilfe des Hamburger Medienkapitals innerhalb der radikalen Linken dar, danach hatten sich die Lager weitgehend geklärt, für die, die an dieser Auseinandersetzung beteiligt waren. Solidarität und Kritik an den bewaffneten Gruppen wechselten den Ort und Medium, zum Beispiel vom Pflasterstrand zur Radikal, und wurden ein Angelpunkt der entstehenden autonomen Linken. Die alten Konstellationen waren zerbrochen, die ehemalige Neue Linke wurde in Teilen parlamentarisch, institutionell, akademisch, publizistisch, und schaute befremdet und distanziert auf die militanten Bewegungen der 80er Jahre. Dieser Bruch in der früheren Neuen Linken führte bei Autonomen verbreitet dazu, die bewaffnete Linke als das einzige Revolutionäre aus den politischen Bewegungen der 70er Jahre anzuerkennen. Und diese politische Annahme, eine lange unhinterfragte Grundposition der autonomen Linken, verursacht heute die großen Schwierigkeiten, die Geschichte der radikalen Linken und insbesondere der bewaffneten Gruppen neu zu durchdenken.

Mit dem jetzt begonnen Prozessen gegen die Revolutionären Zellen werden die »alten Konstellationen« aufgerollt, da sitzen Europatags-Abgeordnete der Grünen, Stern-RedakteurInnen, Exilierte, Privatiers und Autonome in einem Raum »vor Gericht«, werden die siebziger Jahre nicht lebendig, aber neu maskiert und initiiert, bekommen Gesichter von Zeitzeugen und Gutachtern, Verfolgern und Verfolgten, Verlierern und Gewinnern, Glaubwürdigen und Zweifelhaften, Angeklagten und Anklägern. Geschichte ist der Anordnung der bürgerlichen Justiz unterworfen, deren Zielen, Philosophie, Selbstdefinitionen und Ökonomie der Macht, ihrem Anspruch auf Wahrheitsfindung und Bestrafung, die auf der ersteren gründet.

»Daß aus der Bestrafung und Unterdrückung der Ungesetzlichkeiten eine regelmäßige und die gesamte Gesellschaft erfassende Funktion wird; daß nicht weniger, sondern besser gestraft wird; daß vielleicht mit einer milderen Strenge, aber jedenfalls mit größerer Universalität und Notwendigkeit gestraft wird; daß die Strafgewalt tiefer im Gesellschaftskörper verankert wird.«

Diese Anordnung, den Diskurs der Macht zu durchbrechen, damit sich die alte richtige Parole »Das letzte Wort wird nicht im Gerichtssaal gesprochen« erfüllt, ist ein Ziel unserer Stellungnahme.

Was hat der anstehende Prozeß in Berlin mit den Revolutionären Zellen zu tun?

Seit Oktober stehen Hans Joachim Klein und Rudolf Schindler in Frankfurt vor Gericht. Verhandelt wird der OPEC-Überfall in Wien vor 25 Jahren, an der Hans Joachim Klein als RZ-Mitglied teilgenommen hat, und nach seiner Verhaftung 1999 R. Schindler beschuldigte, ebenfalls als RZ-Mitglied an der OPEC-Aktion beteiligt gewesen zu sein. Anfang nächsten Jahres wird der Prozeß gegen mehrere GenossenInnen beginnen, die von Tarek Mousli beschuldigt werden, als Mitglieder einer Berliner RZ-Gruppe an verschiedenen Aktionen beteiligt gewesen zu sein.

Das Solidaritätskomittee zur ŒFreilassung de, sagt zu den erhobenen Vorwürfen im Berliner Verfahren: alles Konstrukt ... oder gar nichts. Selbst in dem Vorwurf des Verrats sieht es einzig und alleine eine Gefahr für die Konstrukt-Theorie- als bräuchte es zum Verrat die Wahrheit. Das mag eine juristische Entscheidung sein. Aber wir sind weder Rechtsanwälte, noch die Gefangenen. Für einige ist persönliche Betroffenheit Grund genug für Solidarität. Für uns bedeutet Solidarität die eigene politische Bezugnahme zu dem, was in diesem Prozeß zur Anklage erhoben wird-unabhängig davon, wieviel an den Vorwürfen wahr oder unwahr ist. Denn mit dem Verfahren wird nicht nur den GenossenInnen der Prozeß gemacht. Es geht auch darum, über die individuelle Tatzuweisung, unbehelligt und unwidersprochen RZ-Geschichte zu reimen. Die Revolutionären Zellen werden sich nicht zu Wort melden- sie haben sich faktisch 1992 selbst aufgelöst. In den Prozessen wird die Geschichte der RZ von 1973 bis 1992 auf-

gerollt, enthüllt, erfunden und neu zusammengefügt. Für die politische Bedeutung dieses Prozesses spielt es dabei keine entscheidende Rolle, wieviel von der Anklage Konstrukt ist, wieviel Tarek Mousli als Kronzeuge der Anklage tatsächlich weiß. Um Geschichte zu schreiben, braucht es nicht die Wahrheit, sondern die Macht des unwidersprochenen Redens. Allen Andeutungen folgend werden die Angeklagten dazu schweigen.

Wenn wir uns im folgenden zur Geschichte der RZ äußern, dann machen wir das folglich weder im Sinne der juristischen Anklage, noch im Sinne der Angeklagten. Wir wollen uns in Beziehung setzen zur politischen Bedeutung dieses Prozesses. Wir wollen weder das Reden über die RZ, noch die ŒMoral der Geschichte, dem Kronzeugen Tarek Mousli, dem Staatsanwalt und am Ende dem Richter überlassen.

Was haben wir mit der RZ/Rote Zora zu tun?

Für einige ist die RZ/Rote Zora, die sie nur vom Hörensagen kennen, Geschichte, lange her.

Für andere war sie persönlicher und kollektiver Bezugspunkt innerhalb autonomer Bewegungen und Gruppenzugehörigkeit: Ausgangspunkt, sich dem RZ-Konzept verbunden zu fühlen. Anlaß, einzelnen Aktionen mit Freude zuzustimmen, Anstoß, die eigenen politischen Entscheidungen zu hinterfragen, aber auch Kritik an der Theorie und Praxis der RZ zu üben.

Unabhängig von diesen verschiedenen Erfahrungshorizonten stellt sich uns gemeinsam die Frage, ob wir die Selbstauflösung der RZ, den Prozeß gegen R.Schindler und Hans Joachim Klein in Frankfurt, den anstehenden RZ-Prozeß in Berlin als Schlußstrich unter diesen Teil militanter Geschichte begreifen- und schweigen.

Uns geht es nicht darum, die Geschichte der RZ zu (be-)hüten, sondern deren strategische Überlegungen, deren Praxis, deren Organisationsform als wichtige Erfahrung in all unsere zukünftigen Überlegungen und Einschätzungen lebendig zu halten. Sie wird als einTeil militanter Geschichte präsent bleiben, wenn wir deren Stärken und Schwächen, deren Erfolge und Niederlage in dem berücksichtigen, was militante, autonome Politk heute und morgen sein kann und muß.

Die Geschichte der RZ läßt sich nicht wiederholen, weder als Bekenntnis noch als Beschwörung. So täuscht die Parole »Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle« (Plakat anläßlich der 3 Verhaftungen in Berlin im Nov. 1999) eine Kontinuität und eine Identität vor, die es nicht gab und nicht gibt. Sich für die RZ entschieden zu haben, war nicht dasselbe, wie in einem besetzten Haus zu leben, in der Antifa oder in einer Frauengruppe aktiv (gewesen) zu sein. Wir halten es für falsch und gefährlich, diesen Unterschied zu verwischen. Das macht Solidarität nicht unmöglich, sondern klarer.

Es gibt nicht die RZ, zu der wir uns in Beziehung setzen wollen- so wenig es die Autonomen gibt. Tatsächlich lassen sich recht verschiedenen Konzepte, recht unterschiedliche Praxen, z.T. weit auseinanderliegende Zielsetzungen und Ausgangsbestimmungen nachzeichnen.

Ganz grob lassen sich 4 Grundsäulen skizzieren, auf denen Theorie und Praxis der RZ/Rote Zora - wenn alles ganz gut lief- ruhten:

1.Die Notwendigkeit, klandestiner, geschützter Strukturen leitete die RZ aus der staatlichen Repression ab, die der außerparlamentarische Opposition Ende der 60er/ Anfang der 70 er Jahre entgegenschlug. Die Antwort darauf sollte nicht nur eine breitere Verankerung des Widerstandes sein, sondern auch der Aufbau von Strukturen, die für eine Zerschlagung nicht offen zugänglich sind. Zum anderen ging es darum ,neben der zu entwickelnden Massenmilitanz Aktionsformen zu entwickeln, die in der Lage sind, sich einer aussichtslosen direkten Konfrontation erfolgreich zu entziehen.

Diese Konsequenz sah -nicht nur- die RZ in den Ereignissen in Chile 1973 bestätigt, wo der parlamentarische, Œfriedliche, Weg zum Sozialismus durch einen Militärputsch blutig beendet wurde.

2. Das Konzept der RZ war darauf ausgerichtet, die Legalität nicht freiwillig preiszugeben, die persönlichen und politischen Lebenszusammhänge so lange wie möglich darin einzubetten.

Der Aufbau klandestiner Strukturen wurde nicht mit Illegalität gleichgesetzt. In ihrem Verständnis war sie der letzt-mögliche Schritt, um sich staatlicher Verfolgung zu entziehen.

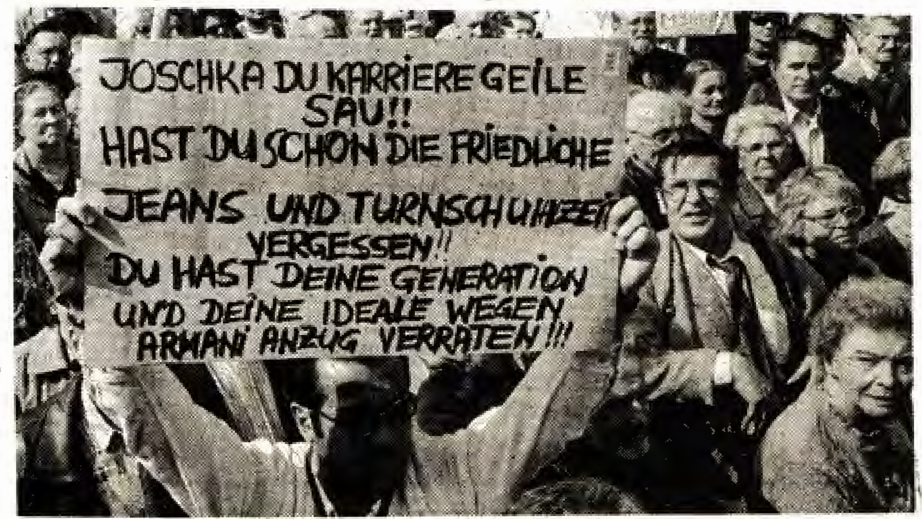
3. Erklärter Bezugspunkt der RZ waren die radikale und autonome Linke, die sozialen Bewegungen, die (militanten) Kämpfe in der BRD und die (nationalen) Befreiungskämpfe und Unterklassen im Trikont. Ihre Aktionen verstanden sie als Unterstützung und Ermutigung. Aber sie sollten auch über das jetzt Mögliche und jetzt Erkannte hinausweisen.

Die RZ vermieden es, revolutionäre Politik daran festzumachen, dem Staat und seiner Repräsentanten den Krieg zu erklären, und damit einer militärischen Logik zu unterliegen, die unter den gegebenen Bedingungen nur in einer (militärischen) Niederlage münden konnte. Aus diesem Grunde lehnten sie Tötung von Vertretern des System ab.

4. Die RZ betonten die Gleichwertigkeit aller Formen des Widerstands. Eine richtige Aktionsform sollte sich weder an der Höhe des Sachschadens, noch mit der Höhe der Strafandrohnung messen, sondern an der jeweils gemeinsamen Fähigkeit der Beteiligten, Möglichkeiten und Bedingungen genau zu bestimmen.

Die RZ lehnte eine Hierarchisierung des Widerstandes ab. Weder war für sie die Illegalität ein Kennzeichen für die Œeinzig richtige, politische Konsequenz, noch betrachteten sie den bewaffneten Kampf als ein höheres Etappenziel.

Diese grundsätzlichen Positionen fanden im Laufe der über 25 Jahren RZ/Rote Zora auf sehr verschiedene und z.T. sehr widersprüchliche Art und Weise Beachtung. Die Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit einzelner Positionen war nicht nur der inneren Dynamik der RZ-Gruppen ausgesetzt. Ihre unterschiedliche Hervorhebung spiegelt mit größter Wahrscheinlichkeit auch die verschiedenen Positionen innerhalb der radikalen Linken wieder.



Denn die RZ haben nicht nur versucht, in soziale Bewegungen (pädagogisch und/ oder avantgardistisch) zu intervenieren. Sie sind auch immer wieder durch die dort gemachten Erfahrungen und dort geführten Auseinandersetzungen geprägt worden.

So verschieden und zum Teil widersprüchlich die RZ-Praxen und theoretischen Selbstverortungen waren, so unterschiedlich und verschieden sind auch unsere eigenen Bezugnahmen. An einigen

Beispielen möchten wir dies verdeutlichen.

An der OPEC-Aktion 1975 nahmen neben 3 palästinensischen Kommando-Mitgliedern -bisher unwidersprochen- Hans Joachim Klein, Winfried Boese und Brigitte Kuhlmann als RZ-Mitglieder teil. Ziel war es, den palästinensischen Befreiungskampf zu unterstützen.

Nach dieser Aktion erklärte Hans Joachim Klein seinen Ausstieg aus der RZ. In seinem Buch »Rückkehr in die Menschlichkeit« kritisierte er nicht nur die OPEC-Aktion selbst, sondern auch die Bedingungen dieser internationalistischen Zusammenarbeit, die genau das reproduzierten, wogegen er eigentlich zu kämpfen begonnen hat. Begierig wurde diese Kritik von den Frankfurter Spontis aufgegriffen, die sich den Kampf gegen die Guerilla auf die Fahnen geschrieben hatten. Geschwiegen wurde in der radikalen Linken, die sich mit dieser Kritik hätte auseinandersetzen müssen. Erst 13 Jahre später griff ein Teil der RZ genau jene Kritik auf, die damals als Verrat gehandelt wurde.

Mitte der 70er Jahre zerstörten die RZ im Rahmen der Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen Fahrscheinautomaten und Schwarzfahrerkarteien,und brachten 100.000e gefälschte Fahrscheine in den Umlauf. Der Kampf auf der Straße sollte durch diese Aktionsformen erweitert oder gar zugespitzt werden.

Nicht immer wurde diese Zuspitzung als Bereicherung und Anregung begriffen. Als im Zuge eines Arbeitskampfes 1974 die RZ das Auto vom Geschäftsführer der Firma Krone anzündete, wobei auch Autos von Arbeitern beschädigt wurden, meldeten Linke aus dem betreffenden Betrieb Kritik an. Sie sahen in dieser Form der Intervention eine Provokation, die den Rechten nutzte, anstatt den Arbeits-bzw. Lohnkampf zu stärken.

Damit stand die Frage im Raum, welche Basis militante Aktionen haben müssen, damit sie nicht von Rechten gegen den sich entwickelnden Widerstand gewendet werden können.

Die Frage, inwieweit militante Aktionen eine mögliche Repression mit zu berücksichten haben, inwieweit militante Organisationen für die Verfolgung der Œlegalen, Linken (mit)verantwortlich sind, wurde dabei allzuoft als wehleidig zurückgewiesen, anstatt ernsthaft beantwortet.

Die Macht institutioneller Gewalt besteht gerade in ihrer Anonymität. Mit dem Angriff auf Amtsinhaber und Repräsentanten staatlicher Macht sollten die Gesichter und Namen zum Vorschein kommen, die sich dahinter sicher und unangreifbar wähnen. Mit dieser Intention wurden z.B. das Büro des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt 1977 zerstört oder die Knieschüsse auf den Asylrichter Korbmacher abgegeben.

Aber sie sollten auch am eigenen Leib, in ihren eigenen vier Wänden erleben, was es bedeutet, wenn sich die Gewalt, die sie ausüben, gegen sie kehrt. Sie sollten zu spüren bekommen, welchen Schmerz sie verursachen. Ob (Gegen-)Gewalt eine solche therapeutische Wirkung haben kann oder die Ideologie des herrschenden Strafsystems nur wiederholt, ist nur ganz am Rande von der radikalen Linken diskutiert worden.

Mitte der 80er Jahre unternahmen die RZ verschiedene Aktionen gegen Institutionen und Repräsentanten des staatlichen Rassismus. Sichtbar werden sollte damit die Kontinuität und Deutungsmacht jener Gewaltverhältnisse. So wurde z.B. die Datei zur Erfassung von Roma entwendet und vernichtet oder ein Anschlag auf das Zentralregister der Ausländerbehörde in Berlin verübt. Anlaß waren die staatlich lancierten Hetzen gegen »Überfremdung« und »Ausländerkriminalität« und die damit geschaffene Zustimmung zu Verschärfungen des Asylrechts.

Diese Aktionen richteten sich nicht nur gegen den Staat, sondern auch an eine radikale Linke, die dazu weder Protest organisierte, noch inhaltlich Stellung bezog. Die RZ kritisierten damit -offen oder nicht- ein linkes Politikverständnis, das vorallem um die eigene Betroffenheit kreist, in der das Opfer-sein einen ausschließlichen Bezugspunkt bekommt. Darin war die Aufforderung enthalten, auch das Wissen um die eigenen Privilegien zum Ausgangspunkt kollektiver Veränderungen zu machen.

Den avantegardistischen Anspruch, sich nicht nur in dem zu bewegen, was ist, sondern auch auf das hinzuweisen, was sich erst noch als Widerspruch formieren muß, erklärte ein Teil der RZ 1992 (»Das Ende unserer Politik«) für gescheitert.

Militante Aktionen der RZ hatten nicht nur einen unterstützenden oder antizipierenden Charakter, deren Wirksamkeit schwer überprüfbar ist. Es gab auch Aktionen der RZ, deren Zielsetzung sich am unmittelbaren Erfolg messen wollte. Die Rote Zora unternahm 1987 mehrere Brandanschläge gegen Filialen des Bekleidungskonzerns »Adler«. Diese erfolgten zu einer Zeit, als sich Arbeiterinnen in Südkorea »gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft..und..gegen den alltäglichen Sexismus« zur Wehr setzten. Nachdem der Schaden in die Millionen ging, gab der Konzern nach und erfüllte die Bedingungen, die die Rote Zora an die Beendigung ihrer Aktionen knüpfte.

Die Organisierung von Frauen in der Roten Zora machte jedoch auch einen anderen Konflikt sichtbar: die Tatsache, daß das Patriarchat keine äußeres Gewaltverhältnis ist, das im Kampf gegen das ŒSystem, einfach mitverschwindet, sondern durch die radikale Linke hindurchgreift. Die Tatsache, wie wenig männliche Wertsetzungen und männliches Dominanzverhalten (von Männern) in Frage gestellt wurden, macht der (organisierte) Rückzug von Frauen aus gemischten autonomen Zusammenhängen deutlich. Ähnliche Erfahrungen und Enttäuschungen dürften auch der Grund für Frauen der Roten Zora gewesen sein, sich als eigenständige Zellen organisiert zu haben. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Aktionen der Roten Zora war der Kampf gegen die Bio - und Gentechnologie, die sie als neues Instrumentarium imperialistischer,
patriarchaler Bevölkerungspolitik gegen die Frauen im Trikont und »Überflüssigen« in den Metropolen brandmarkte. Die Rote Zora versuchte durch ihre Praxis einen militanten, antipartiarchalen Antiimperialismus in der feministischen Frauenbewegung wach zu halten.

Die Geschichte militanter Kämpfe war und ist nicht nur eine von Bewegungen. Überall, wo solche Bewegungen an die Grenzen innerer Dynamik stießen, wo derer Radikalität gebrochen, deren »Humankapital« integriert wurde, entstanden Überlegungen, wie man die Begrenzheit, die Selbstbezogenheit und Vergeßlichkeit von Bewegungen überschreiten kann. Wie kann man die Breite, die Spontanität von Bewegungen mit dauerhaften Strukturen von Gegenmacht verbinden? Diese Frage ist nicht neu, sondern von grundsätzlicher Art. In unserer eigenen Geschichte gab es darauf verschiedene Antworten: die Strategie der Kleingruppen und die regionale und überregionale Koordinierung politischer Initiativen innerhalb sozialer Bewegungen und über sie hinaus.

Die RZ/Rote Zora sind darin weder etwas ganz neues, noch etwas ganz anderes. Sie haben auf die Frage, die sich uns gemeinsam stellt, eigene Antwort gefunden. Antworten, die in über 25 Jahren in Wort und Tat dokumentiert sind. Mit der Selbstauflösung der RZ/Rote Zora sind deren Antworten nicht überflüssig oder wertlos geworden. Solange wir noch an eine Überwindung des Bestehenden glauben, werden Theorie und Praxis der RZ/ Rote Zora mit den Humus für die kommenden Antworten bilden.

Verrat und Verräter

Die Nähen und Distanzen zwischen der Politik der RZ/Rote Zora und den autonomen Bewegungen scheinen nun exemplarisch und bedauerlich detailliert in der Person des Tarek Mousli sichtbar zu werden, der angibt, beiden angehört zu haben. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in dem am 6.12.2000 begonnenen Prozeß gegen Tarek Mousli sowie in den folgenden Prozessen gegen Sabine E., Harald G., Axel H. und Mathias B. wird im wesentlichen auf den Aussagen basieren, die Tarek

Mousli gegenüber der Polizei (und Staatsanwaltschaft) gemacht hat. Auf tausenden Seiten machte er Angaben sowohl zu den Revolutionären Zellen als auch zu autonomer Politik der 1980er und frühen 1990er Jahre. Die (Vor-) Geschichte dieses in der Szene gemeinhin als Verrat bezeichneten Verhaltens und seiner bisherigen Folgen soll hier nicht nochmals nachgezeichnet werden. Sie ist nachlesbar (interim, Zitronenfalter).

Was wir leisten wollen, ist eine Diskussion und Kritik zum einen des gängigen Verständnisses von Verrat, zum anderen des Verhaltens von Tarek Mousli. Der Fokus soll hierbei auf dem ehemaligen Genossen Tarek liegen, und seinen Umgang sowie den der linksradikalen Szene mit der vergangenen gemeinsamen Geschichte reflektieren. Eine solche Kritik soll über eine leicht zu habende Abgrenzung von der verachtenenswerten Person des »Verräters« hinausweisend zur Selbstverständigung über eine politische Haltung zum Verrat und den Umgang mit dem Verratenden wie dem Verratenen fruchtbar gemacht werden.

Hierzu sind verschiedene in der Diskussion und Verurteilung von Tarek Mouslis Verhalten bislang miteinander vermischte Ebenen zu unterscheiden. Zunächst einmal ist die Person des ehemaligen Genossen Tarek Mousli, von seiner konkreten Handlung, seinem Verhalten vor dem Staatsapparat zu trennen: sich selbst und andere durch Aussagen zu belasten. Der Faktor Zeit spielt eine Rolle ^ wann war Tarek Mousli Teil der autonomen Szene, wann (wie von ihm behauptet) der RZ? Wann machte er seine diesbezüglichen Aussagen? Die Reaktionen der Szene auf sein Verhalten schließlich verdient eine gesonderte Würdigung. Beginnen wir mit dieser.

Die Positionierung der radikalen Linken zum Phänomen des Verrates gibt Aufschluß über ihr Selbstbild, ihre politischen Kriterien, und bietet eine Möglichkeit der Postionsbestimmung und der Klärung von Begriffen und des Verständnisses von linker Politik, das sie beinhalten.

Die Versuche, die Person Tarek Mouslis im Nachhinein - durch die Denunziation seines Verhaltens als promisk und großmäulig - von einem von vielen geschätzten Genossen zu einer immer schon zwielichtigen Type umzudichten, wurden rasch wieder eingestellt. Vermutlich, da diese bekannte linksradikale Strategie der Abgrenzung von Verrätern angesichts des Ansehens, das Tarek offenbar genoß, keinen ausreichenden Erfolg versprach. Beachtung verdient dieser Versuch allein deswegen, weil er so idealtypisch wiederspiegelt, wie die radikale Linke gerne versucht, sich Verrat und Verräter dadurch vom Halse und aus dem Haus zu schaffen, daß sie den Verräter als den immer schon ganz anderen darstellt, der im Grunde eigentlich »keiner von uns« gewesen sein kann. Hierbei wird gerne tief in die Trickkiste linker Moral gegriffen, die doch so wenig mit dem Alltag der ProtagonistInnen gemein hat. Etliche Jahre alt, gleichwohl noch immer nicht verjährt sondern sehr aufschlußreich hierzu ein Bonmot zum Thema Verrat, das die Recherchegruppe Wiesbaden zur Person des Spitzels Klaus Steinmetz 1993 veröffentlicht hat. Sie zitieren in ihrem 2. Bericht, die zum Verständnis der Verrates offenbar wichtige Information, daß Steinmetz »in seiner WG (...) Hausarbeit nur auf Aufforderung erledigte«. Sinn solcher Veröffentlichungen ist offensichtlich die Selbstkonstituierung der radikalen Kritiker des Verrates als saubere Linke, die »sowas« (Verrat, Geschirr nicht spülen, außerehelichen Sex machen) nie tun würden, weil sie ganz anders sind als der Verräter.

Diese essentialistische Denunziation eines Verräters (und weniger seines Verrates) ist eher religiös (Judasfigur) denn politisch. Gleichwohl ist es menschlich nur zu verständlich, daß ehemalige GenossInnen ihrem Zorn und ihrer Betroffenheit über das Verhalten eines ehemaligen Mitstreiters und Freundes Luft verschaffen und meinen, sich durch Abgrenzung, vor ihm und der ^ neben eventuellen juristischen Folgen - persönlichen Verletzung, die sein Verhalten für sie bedeutet, schützen zu können. Sie fühlen sich persönlich verraten, verlassen, betrogen. An dieser Stelle ist die Vermischung von persönlicher Verletztheit mit einer politischen Diskussion des Verrates jedoch wenig hilfreich, um zu einem Verhalten zu gelangen, das dem Verrat und dem Verratenden die Stirn zu bieten vermag, ohne dafür die geteilte politische und persönliche Geschichte leugnen zu müssen. Denn Verrat ist ja nur möglich auf Basis gemeinsamer Übereinkünfte. Da diese in der autonomen Szene in der Regel nicht verschriftlicht wurden (werden), sondern in Erfahrungen und Auseinandersetzungen entstehen, ist hierzu gerade eine gemeinsame Geschichte notwendig. Jemand, mit dem keine gemeinsame Übereinkunft besteht, kann keinen Verrat begehen. Zu diskutieren ist, ob jemand, der gemeinsame Übereinkünfte nicht mehr teilt, als »Verräter« bezeichnet werden kann.

Nun mag es konsequent erscheinen, die Person des Verräters dadurch unglaubwürdig machen zu wollen, daß geleugnet wird, er sei je Teil der Szene gewesen. Das wird sich nicht durchhalten lassen, und ähnelt eher einer Vogelstraußpolitik, oder, psychoanalytisch gesprochen, dem vielpraktizierten Versuch des Verdrängens durch »Ungeschehen-Machen«. Auch hier wieder: als erste Reaktion auf den Schock, den ein Verrat darstellt: verständlich. Wenn eine solche Haltung zur Strategie wird, ist dies politisch fatal. Die skizzierte Haltung dient dann faktisch dazu, sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen und jegliche Kritik abzuwehren. Sie will sich so einerseits unangreifbar machen und kann sich andererseits alle juristischen Handlungsmöglichkeiten offenhalten. Entscheidend ist für uns demgegenüber, den heutigen Blick der linksradikalen Szene auf die mit Tarek Mousli geteilte Geschichte zu dessen Version eben dieser Geschichte in Kontrast zu setzen!

Geschichte ist nichts Statisches, Festgeschriebenes, autonome Geschichte allemal nicht. Das Erzählen von Geschichte(n), sei es von der StA oder auf einer autonomen Veranstaltung zum Thema Verrat werden sich grundsätzlich voneinander unterscheiden, sind vom gegenwärtigen Interesse der Erzählenden geleitet. Was ist nun das Motiv eines ehemaligen Genossen, der sich von der Szene angeblich seit Jahren verabschiedet hatte, und nun in die Fänge des Staatsapparates geraten ist, Geschichte(n) zu erzählen? Ganz klar: Er will seine Haut retten. Hierzu mag bei vielen in ähnlichen Situationen eine Art foucaultscher Geständniszwang treten, die Lebensbeichte, der die kathartische Klärung des verwirrten Gemütes folgen möge. Ob auch Tarek Mousli diesem zugegebenermaßen kindlichen Wunsch an den juristischen Übervater, er möge die justiziabel gemachte Lebenserfahrung abstrafen und dem Delinquenten dadurch das Gewissen erleichtern, erlegen ist, kann getrost dahingestellt bleiben. Wir glauben es eher nicht, denn diese Vermutung impliziert tendenziell einen zumindest subjektiven Wahrheitsgehalt des Ausgesagten. Entscheidend ist für uns: Er will seine Haut retten. Dafür war er bereit, einiges zu sagen, was er glaubt zu wissen, und etliches herbeizulügen, was er nicht wissen konnte. Möglicherweise fühlte sich Tarek Mousli von ehemaligen GenossInnen selbst verraten, vielleicht hat er auch nur kühl kalkuliert. Es kann so aussehen, als sei er im Stich gelassen mit gemeinsamen Altlasten, die »als Leichen in seinem Keller« liegen blieben, nachdem alle anderen gegangen waren. Diese Vermutung enthebt Tarek jedoch keineswegs selbst der Verantwortung seiner Geschichte und den ehemaligen GenossInnen gegenüber. Tarek Mousli ist, wie wir alle, in Maßen und im Rahmen gewisser Zwänge frei, sich zwischen Alternativen zu entscheiden. Zu verurteilen ist, wie er sich entschieden hat. Er ist kein Opfer linksradikaler Geschichte, auch wenn er sich ^ zur Selbstlegitimation, wie auch Hans-Joachim Klein das tat, vielleicht selbst so sehen mag. Er ist Mitproduzent der politischen Verhältnisse, von denen er sich nach seinem Szeneausstieg nun nochmals durch seine Aussagen distanzieren will. Er hat jedoch, wie

alle politischen Subjekte, wissen können, daß sein Verhalten der Gegenwart und Vergangenheit Folgen für die Zukunft haben kann. Daß er davor offenbar die Augen verschloß, ist ihm nicht persönlich vorzuwerfen, dies ist »gute« schlechte Strategie eines großen Teils der radikalen Linken. Keinesfalls entschuldigt dies jedoch sein Verhalten und entbindet ihn nicht von der Schweigepflicht gegenüber dem Staatsapparat! Tarek Mouslis Verhalten aus einer Position der Nähe heraus zu kritisieren dient jedoch der Schärfung der eigenen Wahrnehmung: So anders als die meisten in der Szene ist der nicht!
Tarek Mousli ist wiederholt aufgefordert worden, seine gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft gemachten belastenden Aussagen zurückzunehmen. Dieser Text sollte ursprünglich für den der Sprache der Polizei inzwischen wohl hinreichend kundigen Tarek Mousli die sogenannte »dritte Aufforderung« formulieren, die eigene Positionierung zu überdenken, auf der Gegenseite das Feld zu räumen und vor Gericht keine belastenden Aussagen zu machen. Mit Konsequenzen im Falle der Weigerung wird nicht gedroht. Aus der Szene hat Tarek sich bereits selbst ausgeschlossen und das Beispiel der Ermordung von als Verräter bezeichneten (ehemaligen) Genossen, das der »2. Juni« 1974 einführte, als er Ulrich Schmücker erschoß, hat in der Geschichte der radikalen Linken in der BRD glücklicherweise nicht Schule gemacht. Wozu also die »dritte Aufforderung«? Sie wird den zum Bullenassistenten gewordenen Tarek Mousli kaum mehr erreichen, jedoch: Sie dient der eigenen Positionierung. Zu Aussagen vor der Polizei kommt es nach Verhaftungen aus vielerlei Gründen immer wieder. Von Verrat zu sprechen ist unserer Meinung nach angebracht, wenn jemand endgültig die Seiten gewechselt hat. Die letzte Instanz, vor der gemachte Aussagen aufrecht erhalten oder noch immer zurückgenommen werden können, ist das bürgerliche Gericht. Wenn ein ehemaliger Genosse seine Aussagen vor Gericht aufrechterhält und damit justiziabel macht, ist von Verrat zu sprechen. Bis dahin besteht noch immer die Möglichkeit, belastende Aussagen zurückzunehmen, auch wenn sein Verhalten bis zu diesem Zeitpunkt bereits zu erheblichen Unannehmlichkeiten für die von ihm Belasteten geführt hat. Die Trennungslinie, die zwischen Verräter und Szene gezogen wird, ist eine endgültige. Sie darf nicht gezogen werden, solange der Verratende sich nicht unwiederruflich selbst zur völligen Abkehr von ehemals gemeinsamen Fundamenten entschieden hat. Eine Szene, die Aussagen vor der Polizei mit der Keule des »ganz anderen« bekämpft, nimmt sich selbst politisch nicht ernst. Unserer Ansicht nach sollten gemachte oder zurückgezogene belastende Aussagen vor Gericht das Kriterium sein, nach dem der Begriff »Verrat« vergeben wird und nicht die »Schwere« von Aussagen bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft. Inzwischen hat Tarek, wie zu erwarten, zuerst am 30.11.2000 im Frankfurter OPEC-Prozeß vor Gericht andere belastende Aussagen gemacht und u. a. versucht, Rudolf Schindler die Schüsse auf Hollenberg und Korbmacher, sowie Sabine Eckle und Rudolf Schindler den tödlichen Anschlag auf Karry in die Schuhe zu schieben. Und selbst jetzt: Solange die Gerichtsverfahren in Sachen RZ/Rote Zora gegen ihn und andere laufen besteht noch immer die Möglichkeit, diese Aussagen zurückzunehmen. Wir fordern Tarek Mousli daher ausdrücklich auf, die belastenden Aussagen zurückzunehmen und sich der politischen Auseinandersetzung über sein Verhalten zu stellen!
Weiter zum Faktor Zeit: Kann jemand eine gemeinsame Idee verraten, die er nicht mehr teilt? Ist von Verrat zu sprechen, wenn eine/r ehemalige GenossInnen bei den Bullen verpfeift, die ihm und denen er nicht mehr Genosse ist? Können sich Privatiers gegenseitig verraten? Wenn das politische Kollektiv, demgegenüber private Bedürfnisse (nach der Freiheit, nicht im Knast zu sitzen) zurückstehen sollen, nicht mehr existiert, kann dieses dann noch verraten werden? Ist es also noch möglich, die RZ zu verraten?! Fragen dieser Art sind wichtig für eine linksradikale Kritik des Verrates, für das politische und persönliche Selbstverständnis einer Szene, die bald mehr Altlasten als Mitglieder zu haben scheint. Moralisch scheint Tarek Mousli kaum mehr zu verurteilen zu sein. Ihn voller Wut ein Schwein zu schimpfen ist ebenso richtig wie folgenlos, politisch zu begegnen ist seinen Belastungen aber umso mehr:
Lassen wir die oben gestreiften Fragen einmal beiseite, so bleibt allein das Faktische: Tarek Mousli hat in seinen Aussagen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht, bei dem Versuch, aus seinem juristischen Interesse heraus (er will seine Haut retten) mit dem dafür dienlichen Blick andere und sich selbst erheblich belastet. Diesem Verhalten läßt sich auf der faktischen-juristischen wie auf der politischen Ebene erwidern.
Wer zur Aussageverweigerung aufruft und zur politischen Anklage schweigt, macht das Schweigen zur gemeinsamen Basis und nicht unseren Widerstand
Was hindert die Betroffenen, gegenwärtig die als RZ/RoteZora-Mitglieder Angeklagten (künftig möchlicherweise auch Autonome...) daran, nun ihrerseits mit entlastenden Aussagen, Richtigstellungen des Faktischen zu betreiben?
Im Zuge der Aussagen des heutigen Kronzeugen Tarek Mousli wurden und werden ZeugInnen vorgeladen. Dagegen eine Aussageverweigerungskampagne zu stellen ist richtig. Doch wer keine blinde Solidarität fordern will, muß benennen, was mit unserem Schweigen politisch geschützt werden soll. Wer von ZeugInnen erwartet, daß sie schweigen, und damit Zwangsgelder bishin zur Erzwingungshaft riskieren, muß das bescheidene ŒRisiko, auf sich nehmen, sich selbst in Beziehung zur politischen Anklage zu setzen - ohne hilfesuchend und fluchtartig auf die Gefangenen und/oder ihre RechtsänwältInnen zu verweisen.
Die Aussageverweigerung markiert eine Grenze, unsere grundsätzliche Weigerung mit der Justiz nach ihrer Wahrheit zu suchen. Meist wird dann eine Aussageverweigerungskampapagne zum Leben wiedererweckt, wenn eine(r) belastende Aussagen gemacht hat, und damit GenossInnen Verhaftungen und Knast droht. So auch dieses Mal: Der jetzige Kronzeuge Tarek Mousli ist aufgrund seiner Aussagen bereits für vier Verhaftungen, zwei internationale Haftbefehle, mehrere Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren verantwortlich. Mit der Aussageverweigerungskampagne soll das Karussell aus Aussagen, Widersprüchen, vermeintlichen Richtigstellungen und Selbstentlastungen gestoppt werden. Aus gutem Grund: in Ermittlungsverfahren hat unsere Wut über Verrat, unsere Suche nach Erklärungen und Fehlern nichts zu suchen. Im Stadium der Anklageerhebung dient jede Aussage lediglich der Präzisierung der Anklage.

Die Grenzen der Aussageverweigerungskampagne

Nichts spricht dafür, daß wir irgendwo noch Tarek Mousli mit unseren Vorstellungen von Militanz, Verrat und gemeinsamen Fehlern konfrontieren können. Alles spricht dafür, daß Tarek Mousli die Auseinandersetzung um die Geschichte der RZ in den Gerichtsaal verlegt hat. Wir sind heute nicht in der Lage, andere Orte für eine solche Auseindersetzung zu wählen. Angesichts dieser Schwäche werden wir Wege finden müssen, dem Kronzeugen Tarek Mousli zu folgen, wohin er die Geschichte der RZ getragen hat: vor Gericht. Im Schutze der Aussageverweigerungskampagne deutet der Kronzeuge Tarek Mousli - unwidersprochen - mit Belastungen Genossinnen und Genossen für jahrelange Haftstrafen heraus. Wir sind nicht bereit, ihm mit unserem Schweigen diese unfreiwillige Deckung zu geben. Aus diesem Grunde begrüßen wir Entlastungen - auch vor Gericht. Voraussetzung dafür sind kollektive Absprachen und eine politische Bestimmung juristischer Interventionen. Denn jede noch so richtige und erfolgversprechende Entlastung muß immer auch den Preis mitdenken, der bezahlt wird: die Glaubwürdigmachung des Ge-

richtssaales als den Ort, wo Recht gesprochen wird.
Wenn wir mit dieser Position deutlich machen, daß wir dem Kronzeugen das Terrain des Gerichtssaales nicht überlassen wollen, dann meinen wir das nicht nur im juristischen Sinne. Die Zeugenaussage des ehemaligen RZ-Mitgliedes Gerd Schnepel im OPEC-Prozeß hat nicht nur Rudolf Schindler entlastet. Sie hat vorallem das bleierne Schweigen über die RZ durchbrochen, hat Platz geschaffen, sich an die Erfolge militanten Widerstandes zu erinnern und Voraussetzungen geschaffen, über Fehler und Schwächen zu reden - anstatt die Rede dem Terrorismus-Bekämpfer Daniel-Cohn Bendit und seinem »Sohn« Hans-Joachim Klein zu überlassen.
Wohlgemerkt: Sinn kann nicht sein, sich selbst zum Werkzeug des Staatsapparates zu machen und nun Tarek Mousli zu belasten. »Wir wissen um die ohnmächtige Wut derer, die von diesen Belastungen betroffen sind« schrieben 1988 Autonome Gruppen in einer »Plattform zu den 2.11. Prozessen« zu den Aussagen des Andreas Eichler, und weiter: »Sich gegen diese Belastungen zur Wehr zu setzen, heißt, im Prozeß u.U. Aussagen zu machen, unser Schweigen zu brechen. Unsere Solidarität mit diesen Angeklagten spürbar zu machen, heißt, in diesem konkreten Fall uns als Entlastungszeugen zur Verfügung zu stellen (...) Voraussetzung allerdings für Entlastungsaussagen überhaupt ist ein gemeinsame Konzept, das statt individualisierter Absprachen den gesamten Prozeß im Blick hat.«
Vor zwölf Jahren wurde dies realisiert, mit der Folge, daß der Beklagte Andreas Eichler, der Frank Hoffmann beschuldigte, mit einer Sig Saur - Pistole auf die vorrückenden Polizeiketten an der Startbahn West geschossen zu haben, alleine zu fünfzehn Jahren Haft wegen Totschlag verurteilt wurde, während Frank Hoffmann frei kam.. .....
Auf der politischen Ebene ist den Belastungen Tarek Mouslis, die autonome Politik betreffen, durch einen offensiven Umgang mit der eigenen Geschichte und ihren Erfordernissen zu begegnen. Was hindert uns daran, zu Aktionen Stellung zu nehmen, die allemal verjährt sind? Was hindert uns daran, öffentlich zu erklären, daß zum Gelingen einer (militanten) Demo ein Demoschutz ebenso wie das Abhören des Polizeifunks notwendig sind? Was hindert uns daran, zu offensivem militantem Verhalten als Mittel autonomer Politik zu stehen?
Klar, niemand möchte alleine im Rampenlicht mit zum privaten Outing geratenden Bekenntnissen stehen. Das ist auch nicht gemeint. Dieser Text versucht demgegenüber sowohl die unpolitische und sogar juristisch unkluge, weil zu kurz greifende Haltung des Solidaritätsbündnisses, wie auch den individualisierten Umgang Einzelner mit den Folgen der Belastungen durch Tarek Mousli zu durchbrechen. Wir wollen eine Selbstverständniserklärung formulieren, anhand derer und zu der sich möglichst viele positionieren können, und so dazu beitragen, daß die politische Diskussion über die Ereignisse vorangebracht wird.

Einige Autonome aus Berlin und Frankfurt
Dezember 2000



In die Puschen kommen

Tag X in Gorleben: der Castor kommt!

Hat eigentlich jemand gezählt, wie oft es diesen Alarm-Ruf schon gab? Seit die Brennelement-Hallen in Gorleben und Ahaus fertig sind, hat er immer wieder Menschen in Aufruhr versetzt. Mehrfach konnten die Betreiber von ihrem Vorhaben abgebracht werden, viermal haben sie ihr Ding durchgezogen. Jetzt - nach 3 Jahren Transportestop - ist es wieder soweit: Castor-Alarm! Tag X! Zum ersten Mal in all den Jahren wissen wir sogar den genauen Zeitraum, in dem der Transport von La Hague nach Gorleben rollen soll: zwischen dem 26. März und 8. April 2001!
3 Jahre Castor-Verhinderung sind ein schöner Erfolg. Aber es war auch eine lange Zeit, um ein wenig einzurosten und aus der Ubung zu kommen. Deshalb rufen wir hier dazu auf, die kommenden Monate gut zu nutzen, um Erinnerungen wach zu rufen und aufzufrischen. Alte Castor-Häsinnen und Hasen, frische, unverbrauchte, ideengespickte Neulinge: bereiten wir uns gemeinsam vor! Er kommt nicht durch. Es geht nicht nur darum, einen weiteren Castortransport nach Gorleben zu verhindern, es geht um viel mehr.
Die Atomwirtschaft ist ziemlich in Bedrängnis geraten. Ohne weitere Atommülltransporte müssen einige Atomkraftwerke vom Netz gehen. Und das, obwohl die Regierung mit ihrem Konsens-Spektakel den reibungslosen Weiterbetrieb der Atomanlagen garantiert hat. Für die Gegenseite steht viel auf dem Spiel.

Diesem Transport kommt ein besonderes Gewicht zu

Geht es nach dem Willen von Betreibern und Politik, dann soll dieser Castor eine ganze Lawine von weiteren Transporten lostreten. In Philippsburg zum Beispiel wurden die Brennelemente zur Ver-

schickung in die WAA fertiggemacht, nachdem es nicht gelungen war, die Behälterdeckel für eine Lagerung vor Ort dicht genug zu bekommen. Allerdings hat die französische Regierung ein »Junktim« geltend gemacht: der Abtransport von zunächst sechs Castoren mit Glaskokillen aus La Hague nach Gorleben ist die conditio sine qua non, die Bedingung dafür, daß die Atomkraftwerksbetreiber weiter ihren Müll nach La Hague »entsorgen« können. Der geplante Castor nach Gorleben im März 2001 ist somit der Haken, an dem dieses dreckige Geschäft mit dem Plutonium hängt: Unzählige Transporte sollen zur WAA nach Frankreich und Großbritannien rollen, damit für die Atommafia die Rechnung weiter stimmt.

Ein Castor für den Konsens?

Die rot-grüne Regierung legt großen Wert darauf, zu beweisen, daß sie in der Lage ist, ihr Atomprogramm umzusetzen. In monatelangen Gesprächen haben Sozialdemokraten und Grüne mit der Atomwirtschaft eine Vereinbarung ausgehandelt, die als »Ausstieg aus der Atomenergie« verkauft wurde. Trittin will der Wirtschaft zeigen, daß der Konsens hält, was er verspricht.

Auch wenn einige noch Hoffnungen in einen rotgrünen Ausstieg gesetzt hatten, ist hier ein Zeitpunkt, wo sich Ausstiegslügen selbst entlarven. Im Konsens wurde der reibungslose Weiterbetrieb der Atomanlagen festgeschrieben. Mit Lügen, Verschleierungen und falschen Begriffen soll gesellschaftliche Akzeptanz hergestellt werden. Grüne füllen auch hier ihre Rolle als rücksichtslose Modernisierer der gesellschaftlichen Verhältnisse gut aus. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Nicht auf Parteien, sondern nur auf die eigene Kraft und Stärke können wir vertrauen.

Der Castor-Transport nach Gorleben wurde zur Chef-Sache erklärt. Das ist für uns auch eine Chance. Im Wendland erleben wir in den letzten Wochen, wie alle Register gezogen werden. Der Atomstaat zeigt sein Gesicht. Selbst im Verteidigungsministerium wurde schon Unterstützung angefragt. Umso mehr Gewicht wird es haben, wenn es uns doch gelingt, mit Beharrlichkeit, Entschlossenheit und List ihre Pläne zu durchkreuzen.

Was uns entgegengehalten wird

»Irgendwo muß der Müll doch hin«: Castor-Transporte setzen immer wieder das große Dilemma der Atomwirtschaft auf die Tagesordnung: es gibt keine Lösung für den Atommüll. Der Transportestopp vor drei Jahren kam nicht von ungefähr. Am Beispiel der verstrahlten Castoren wurde deutlich, auf welch wackligen Füßen ruht, was von den Betreibern »Entsorgung« genannt wird. Auch wenn heute ein grüner Umweltminister auf den Castor eine TÜV-Plakette klebt, ist die Liste der tatsächlichen Mängel immer noch lang; die Behälter sind nicht besser, seit der Chef vom Bundesamt für Strahlenschutz ein grüner Herr König ist. Am Ende kann auch von denen niemand sagen, wohin der Müll soll.

Völkerrechtliche Verträge und Verantwortung: Nach dem Motto »aus den Augen - aus dem Sinn«, wird der Atommüll verschoben. Das hat mit verantwortlicher Politik

Tag X

nichts zu tun. Wir übernehmen Verantwortung: Indem wir die Kokillen auf dem Weg nach Gorleben stoppen, schützen wir auch die Kinder von Sellafield und La Hague. Der Hahn muß zugedreht werden, die Atomanlagen gehören stillgelegt, damit nicht täglich weitere Atommüllberge produziert werden: das ist die einzig verantwortbare Lösung.

Laßt uns in die Puschen kommen

Es ist alles nicht neu. Viele von uns können anknüpfen an Castor-Erfahrungen. Aber wie war das noch: wer war beim letzten Mal alles noch dabei, was haben wir alles gemacht und was hätten wir noch alles machen können? Und jetzt: Neue Leute ansprechen, alte zusammentrommeln, Ideen aushecken und realisierbar machen .... es gibt viel zu tun.

Von uns aus braucht es keine wahnwitzige Bullen-Leistungsschau der Superlative. (Keine Landwirtschaftsmesse würde im Moment so was bringen!) Der Innenminister von Niedersachsen hat bereits angekündigt, daß nochmal zehntausend mehr Beamtinnen und Beamten zum Einsatz kommen. Nur mit dick aufgetragener staatlicher Gewalt können die wirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie durchgesetzt werden.

Die Herausforderung nehmen wir an. Es geht um viel, und wir haben gute Chancen, unseren Zielen ein Stück näher zu kommen: einzutreten für eine Zukunft ohne atomare Verseuchung; der Gegenseite die Suppe gehörig zu versalzen; ihre Pläne zu durchkreuzen; die Kosten hoch zu treiben; dabei eigene Ideen und Vorstellungen zu entwickeln und zu stärken.

Gemeinsames Vorgehen!

Kommt zu den Treffen, informiert Euch, entwickelt Ideen und Pläne und macht Euch fit für eine widerständige Zeit! Einiges ist aus den Erfahrungen der letzten Transporte bereits vorüberlegt:

Das Vorfeld ist wichtig: den Castor verhindern, das geht immer noch am besten, bevor er losfährt. In jedem Ort zwischen Flensburg und Passau, zwischen Gorleben und La Hague soll »der Castor« wieder Thema werden. Und das ab heute! Infoveranstaltungen, Treffen, Straßenverschönerungen, Bahnhofs-Missionen, phantasievolle Aktionen vor Ort können die (Fahr-)Pläne der Gegenseite stören. All das soll deutlich machen, daß mit richtig Ärger zu rechnen ist, wenn die Transporte wieder rollen.

Tag X fängt nicht erst an, wenn irgendwo die Behälter zu sehen sind: schon am Wochenende vor dem Transport versammeln wir uns zum Auftakt. Damit beginnen X-Aktivitäten der verschiedensten Arten an der Strecke, wo immer sie frei ist.

Das Wendland ist größer als der Landkreis: Wir warten nicht vor dem Verladekran, sondern gehen dem Castor entgegen. Auftakt-Kundgebung ist in Lüneburg. Camps und Versammlungsorte wird es längs der gesamten Strecke Lüneburg-Gorleben geben.

Die Transportstrecke besteht nur zum kleinsten Teil aus Straße. Das Castor-Gleis ist 56 Kilometer lang, die Straße 18 km. Der Gleis-Strecke von Lüneburg nach Dannenberg gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Davor liegt ein weites Feld. Einfallsreichtum für Aktionen ist gefragt. Aus der Vielfalt soll Ergänzung entstehen, keine gegenseitige Behinderung. Nicht wo die meiste Polizei ist, ist es am schönsten.

Wichtige Termine

18.2.2001 großer Aktionstag in Ahaus, 14 Uhr Rathaus

24.2.2001 Tolles Treiben im Wendland (Fasnacht zwischen Lüneburg und Gorleben, Treffpunkt in Dahlenburg)

25.2.2001 Delegiertentreffen (Ort und Zeit erfragen!)

1.-12.3.2001 möglicher Castor-Transport Neckarwestheim - Ahaus

24.3.2001 X-minus Auftakt-Kundgebung in Lüneburg

Infos: www.bi-luechow-dannenberg.de

WANN, WENN NICHT JETZT?
WO, WENN NICHT HIER?
WER, WENN NICHT WIR?

*Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. * Drawehner Str. 3 * 29 439 Lüchow * Tel: 058 41 - 46 84, Fax: 31 97 Spenden für BI: 20 60 721 bei der KSK Lüchow, BLZ 258 513 35*

Türkei: Situation in den Gefängnissen

Brief eines türkischen anarchistischen Gefangenen

Der Hungerstreik und das F-Gefängnis-Projekt

Hungerstreik und Todesfasten werden angeführt von der DHKP-C und der TKP/ML TIKKO. Die DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungsparteifront; frühere Revolutionäre Linke) ist eine Art stalinistische Organisation und arbeitet hin auf eine »öffentliche Revolution« unter der Führung einer Avantgardepartei (für sie natürlich ihre eigene Partei). Sie organisieren hauptsächlich in einigen besetzten Häusern in Istanbul und einigen ländlichen Gebieten in Anatolien, wo Aleviten leben. Der Vorsitzende ist Dursun Karatap, der im Ausland lebt (in Europa, möglicherweise Belgien oder Frankreich etc.). Die TKP/ML TIKKO (Türkische Kommunistische Partei - Marxisten-Leninisten - Türkische Arbeiter-Bauern-Befreiungsarmee) ist eine maoistische Organisation; hauptsächlich aktiv in Dersim (Tunceli) und in einigen besetzten Häusern. Sie wird von den meisten linken legalen-illegalen Parteien (sozialistisch und kommunistische Parteien und Gruppen) unterstützt.
Die Hungerstreikaktionen zielen hauptsächlich darauf ab, das F-Gefängnis- Projekt zu stoppen, das vor allem für sozialistische Gefangene von »illegalen« Gruppen und Parteien geplant wurde. Die türkische Regierung will damit die Befriedung durch Vereinzelung erreichen, dem Gefangenen sollen sozialen Beziehungen unmöglich sein, die ein grundlegendes Menschenrecht sind und auf diese Weise sollen auch Aufstände verhindert werden. Aber vor einigen Wochen führte der türkische Staat eine gewaltsame Aktion durch und steckte die meisten der politischen Gefangenen in solche F-Gefängnisse, obwohl angekündigt worden war, dass dieses Projekt verschoben wurde! Es kostete 32 Tote (30 Gefangenen und 2 Wärter); einige der Gefangenen starben, weil sie sich als Protest gegen die Operation selbst verbrannten, einige wurden bei der Operation getötet (andere gefoltert und verletzt), nach Informationen seitens der Gefangenen wurde sogar ein Wärter von anderen Wärtern getötet. Der Widerstand geht nun in den F-Gefängnissen weiter.

Anarchisten und Anarchistische Gefangene

Türkische Anarchisten kämpfen ebenfalls von Anfang an (seit dem Sommer 2000) gegen die F-Gefängnisse. In Ankara beteiligen sich Anarchisten die Proteste gegen die F-Gefängnisse und verteilen an verschiedenen Orten Flugblätter (5000 Stück in nur 10 Tagen), kämpfen bei Demonstrationen gegen die Polizei, führen symbolische Hungerstreiks durch. In Istanbul gab die Anarchistische Plattform eine Erklärung gegen das F-Projekt heraus etc. Dies alles wird getan, um die Hungerstreikenden zu unterstützen und das F-Projekt zu stoppen; nicht weil die Anarchisten ähnliche Meinungen vertreten wie diese (Sozialisten und kommunistische Marxisten), sondern weil das, was der Staat unternimmt, MEHR Repression gegenüber den BürgerInnen bedeutet, gegen jede Art von »Staatsfeinden«.
Wie sieht es andererseits mit den anarchistischen Gefangenen aus? Es gibt in türkischen Gefängnissen einige Personen, die sich selbst als Anarchisten bezeichnen, aber die meisten von ihnen sind ehemalige Sozialisten (Marxisten), die wegen ihrer Beteiligung (manche sind nicht einmal »Mitglieder«) am Kampf »illegaler« sozialistischer Gruppen im Gefängnis sind. Die meisten von ihnen haben im Gefängnis ihre iedologischen Ansichten geändert und sich später als »Anarchisten« definiert. Einige kommen von PKK, MLKP, MLSPB, TIKKO, DHKP-C, Ala-Ryzgari etc. Sie hatten unterschiedliche Gründe, ihre iedologischen Ansichten zu ändern; die meisten von ihnen meinen, dass ihre Gruppe (und deren Ideologie) zu autoritär oder sogar diktatorisch ist, einige (zwar wenigere, aber es kommt doch vor) mögen auch nur vorgeben, Anarchisten zu sein, um sich von der Autorität ihrer Gruppen zu befreien. Ich meine damit nicht, dass dies keine Anarchisten sind, sondern vielmehr, dass wir sie nicht kannten, bevor sie ins Gefängnis kamen. Sie nehmen entweder Kontakt auf, indem sie an anarchistische/libertäre Zeitungen, Magazine schreiben oder durch Freunde im Gefängnis etc. Ihr größtes Problem ist »Einsamkeit«; sie haben keine Freunde oder Genossen, oder Gruppen, die sie »verteidigen« und sich um sie kümmern. Außerdem sind sie nicht nur der Repression durch den Staat (die Gefängnisverwaltung) ausgesetzt, sondern auch seitens der sozialistischen Gefangenen. Das beste wäre, sie an einem Ort zu versammeln (im selben Schlafsaal), aber das ist wegen anderer Probleme, die nicht so leicht gelöst werden können, unmöglich; sie sind in verschiedenen Gefängnissen und müssen zu ihren Prozessen von weit entfernt anreisen oder haben untereinander ideologische oder auch persönliche Probleme etc. ABER: ich bin der Meinung, dass sie Hilge von Anarchisten bekommen müssen, nicht nur weil sie Anarchisten SIND, sondern auch aus humanitären Gründen. Wie viele sind es? Das weiß ich wirklich nicht; aber derzeit gibt es cirka 11.000 politische Gefangene in türkischen Gefängnissen (die meisten von der PKK) und vielleicht definieren sich einige von ihnen als Anarchisten, Antiautoritäre (oder Antimilitaristen). Ich erinnere mich, dass wir 1997 eine Liste von 13-14 Gefangenen in verschiedenen Gefängnissen hatten (vielleicht 2-3 jeweils zusammen). Ihre Einstellung zum Hungerstreik und Todesfasten? Soweit ich weiß, beteiligt sich einer am Todesfasten, einige nehmen vielleicht zur Unterstützung am Hungerstreik teil.
Sie sind der Repression (ihrer ehemaligen oder anderer) sozialistischen Gruppen ausgesetzt. Die Gründe sind manchmal echt grotesk, z.B. das Hören von Rockmusik, lange Haare, weil sie sich über die Einstellung anderer Leute lustig gemacht hätten, aber auch »Politisches« wie negativ über sozialistische Gruppen reden etc. (das war in einem Brief eines anarchistischen Gefangenen vor 3-4Jahren zu lesen). Sie werden von den Sozialisten bestraft (wie z.B. das ihnen nicht erlaubt wird, ihr Bett zu verlassen etc.). Wenn sie nicht gehorchen, sind sie sogar der Gewalt ausgesetzt; ich habe gehört, dass mal zwei von ihnen zusammengeschlagen wurden, und ein anderer wurde sogar im September 1998 getötet. Es muss noch viele solche Vorfälle geben, von denen wir nicht erfahren. Im September 1998 tötete die TIKKO im Gefängnis Eskisehir Mehmet Cakar und gab dafür die Begründung, er sei ein Spitzel. Er stand in Kontakt mit einem Genossen (einem Anarchisten) von der unabhängigen Zeitschrift Arkabahce aus Ankara und er unterstützte den antimilitaristischen Kampf, schickte antimilitaristische Karikaturen etc. Aber wir kannten ihn nicht, bevor er ins Gefängnis kam; er hatte seiner Frau einen Monat vor seinem Tod gesagt, er wisse, dass sie ihn umbringen würden. Er war im Gefängnis, weil er der Repräsentant der »legalen« Zeitschrift Partizan in Izmir war (TIKKO-Unterstützer). Zu der Zeit gab es bei TIKKO eine »Säuberung« (!) und innerhalb eines Jahres wurden cirka 10-12 ehemalige Aktivisten getötet, mit der Begründung, sie seien Spitzel oder Informanten.

Schlussfolgerung

Ich habe dies nicht geschrieben, um AnarchistInnen vom Kampf gegen die F- Gefängnisse abzuhalten, oder sie von der Solidarität mit Linken (sozialistischen oder kommunistischen Gruppen) abzuhalten. Es betrübt mich und die anderen türkischen GenossInnen, dass die Probleme der anarchistischen Gefangenen nicht deutli-

cher, allgemeiner und breiter bekannt werden, zu einer Zeit, in der der Kampf gegen die F-Gefängnisse im vollen Gang ist, zu einer Zeit, zu der der Staat Dutzende von aufständischen Gefangenen tötet, egal, für was sie einstehen. Dies darf den Kampf nicht »spalten«; wie Nikos Maziotis sagt: »Solidarität ... ist nicht an Bedingungen geknüpft für alle, die irgendwo mit welchen Methoden auch immer gegen die herrschende politische und gesellschaftliche Ordnung kämpfen«, Ich meine, darum sollten wir als AnarchistInnen den Kampf gegen die F-Gefängnisse unterstützen - nicht, weil wir mit ihnen politisch kooperieren. Ich nenne sie nicht, wie Nikos es tut, GenossInnen, unterstütze aber ihren Kampf aus humanitären und antistaatlichen Gründen. Leider habe ich niemals Artikel oder Meldungen über Nikos' Prozess in einer sozialistischen oder kommunistischen Zeitung in der Türkei gesehen. Dagegen ist es den griechischen AnarchistInnen ernst mit der Unterstützung des Widerstands der sozialistischen Gefangenen hier. Ich würde es auch vorziehen, über all dies in »ruhigeren« Zeiten zu sprechen, aber die Tatsachen erscheinen manchmal zu unvorhergesehenen Zeiten.

Für ein Leben ohne Gefängnisse!

Für »Solidarität ohne Grenzen«!

Übersetzung FdA-Hamburg,
e-mail: i-afd_2@anarch.free.de

Zellenrevolte, Hausdurchsuchung und Sylvesterprotest

Abschiebegefängnis Glasmoor kommt nicht zur Ruhe

Auch nach der Mißhandlung eines Häftlings im April, der daraufhin erfolgten Suspendierung und Auswechslung der halben Wachmannschaft und der Ablösung des Leiters der Justizvollzugsanstalt Glasmoor kommt der Abschiebetrakt der JVA nicht zur Ruhe. Am 17. Dezember revoltierten 8 kurdische Gefangene und verbarrikadierten sich in ihrer Zelle, zu Sylvester demonstrierten etwa 100 Menschen lautstark vor dem Distanzzaun der Abschiebehaft, während antirassistische Berichterstattung mit Hausdurchsuchung und Rechnerbeschlagnahme geahndet wird.

Es geschah während des regelmäßigen Sonntagsspaziergangs vor den Toren des Abschiebeknastes. Nach dem vorzeitigen Abbruch der Umschlußzeit (geöffnete Zellentüren im Innern) verbarrikadierten sich acht kurdische Gefangene in ihrer Zelle und konnten rund vier Stunden später nur durch ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Hamburger Polizei überwältigt werden.

Als zunächst lediglich 15 AntirassistInnen am 17. Dezember einen Redebeitrag in mehreren Sprachen verlesen und sich durch den Anstaltszaun mit einigen Gefangenen verständigt hatten, riefen gegen 16 Uhr mehrere kurdische Gefangene Parolen und entzündeten ein Bettlaken außerhalb ihres Zellenfensters. Wenig später eilten 6-8 Schließer aus dem Normalvollzug in den Abschiebetrakt und wollten den vorzeitigen Abbruch der Umschlußzeit durchsetzen. Nachdem dann zwei Gefangene »freiwillig« aus der betreffenden Zelle gekommen und zwei weitere gewaltsam herausgezerrt worden waren, widersetzten sich einige der übrigen acht Männer der Maßnahme heftig und verbarrikadierten sich schließlich in dem Raum. Bereits kurz nach der lautstarken Auseinandersetzung im Abschiebetrakt hatten die DemonstrantInnen vor der JVA die Anstaltsleitung aufgefordert, keine Gewalt gegen die Gefangenen einzusetzen und Gespräche mit anwesenden VertreterInnen des Hamburger Flüchtlingsrates über die Situation zu führen, was ohne jede Resonanz blieb.

In der Folgezeit riefen Gefangene - inzwischen auch die in anderen Zellen - und DemonstrantInnen immer wieder Parolen, wie »Hoch die Internationale Solidarität«, während ständig mehr Polizeieinheiten in Glasmoor eintrafen. Und auch die Zahl der AntirassistInnen wuchs nach und nach auf über 30 an. Zudem verschärfte sich die Situation durch die Drohung der Verbarrikadierten, sich bei einer Erstürmung der Zelle selbst zu töten.

Als die DemonstrantInnen gegen 18.30 Uhr nach einer längeren Pause - die Revolte dauerte nun bereits zweieinhalb Stunden - wieder Parolen riefen, beteiligten sich plötzlich nahezu alle an den Fenstern stehenden Abschiebegefangenen, einzelne begannen sogar damit, Mobiliar an den Fenstergittern zu zerschlagen. Doch auch diese aufgeheizte Situtation beruhigte sich wenig später wieder.

Gegen 19.30 Uhr nahm schließlich das Erwartete seinen Lauf: 15 Polizeibeamte in Kampfanzügen drängten unter inzwischen großer Medienpräsenz die 30 DemonstrantInnen vom Anstaltszaun ab, die Zufahrtswege nach Glasmoor wurden abgesperrt und selbst weitere JournalistInnen am Erreichen der JVA gehindert, weitere 30 AntirassistInnen mußten an der nahen Glasmoorstraße ausharren. Eine halbe Stunde später meldeten sich die verbarrikadierten Kurden noch einmal mit der Vermutung, ein polizeilicher Zugriff stünde unmittelbar bevor. Sekunden später verlosch nach einigen dumpfen Schlägen das Licht in der Zelle und es wurde still.

Kurz darauf meldeten die vermummten Männer des Sondereinsatzkommandos einen »erfolgreichen Einsatz«. Anscheinend noch in den ersten Minuten nach dem »Zugriff« wurden »alle an der Revolte Beteiligten« in Richtung des UG Holstenglacis vom Gelände verbracht, während die insgesamt 200 PolizistInnen nach Ende einer kurzzeitigen Blockade durch die jetzt 60 DemonstrantInnen langsam abrückten. Mindestens einer der Gefangenen soll während der Fahrt, bzw. nach Ankunft im Untersuchungsgefängnis geschlagen worden sein.

Befriedung der Abschiebehaft ...
Leitgedanke: »Respekt«

Für die Verantwortlichen in der Hamburger Justizbehörde dürfte dieser »Zwischenfall« einen erheblichen Rückschlag in den Bemühungen um eine »Befriedung« der Abschiebehaft darstellen. Wie empfindlich man auf derartige Vorfälle reagiert, zeigte sich unter anderem am 17. Dezember selber, als nach und nach nicht nur massive Polizeieinheiten in Glasmoor zusammengezogen wurden, sondern auch das »Who is who« von Justiz- und Innenbehörde. Unter anderem sollen laut anwesenden MedienvertreterInnen gleich mehrere PressesprecherInnen, Staatssekretäre und auch der Hamburger Innensenator Wrocklage vor Ort gewesen sein.

Dabei waren nach der mutmaßlichen brutalen Mißhandlung Emine K.'s im April dieses Jahres (Schließer sollen den Gefangenen mit dem Kopf an ein Gitter geschlagen und ihm auf diese Weise einen Jochbeinbruch zugefügt haben) annähernd die Hälfte der Schließer ausgewechselt worden. Mit Frank Düring, der für den ebenfalls geschassten »Hardliner« Gebauer kam, ist zudem ein ausgesprochener Vertreter der »weichen Linie« als neuer Leiter des Abschiebetraktes eingesetzt worden.

Der führte die sogenannte Praxis der »Freiheit nach Innen« ein: Als Folge längerer Umschlußzeiten, wohlgeschulter Schließer sowie einer Reihe weiterer »Lockerungen« im Vollzug der Abschiebehaft sollte - so die Hoffnung - die Atmosphäre im Containerknast entspannt werden. So hätten beispielsweise etliche der staatlichen Aufseher Seminare über »Leitgedanken im Umgang mit den Gefangenen« durchlaufen, deren Tenor »Respekt« gewesen sei. »Als ich im Mai 2000 in Glasmoor anfing, das gebe ich gerne zu, habe ich zum Teil menschenunwürdige Zustände vorgefunden« berichtete Düring dann auch während einer Veranstaltung am 15. Januar mit entsprechender Erschütterung in der Stimme. Inzwischen habe man aber erhebliche Erfolge erzielt: »Im Dezember haben wir zum Beispiel das erste Mal überhaupt eine gemeinsame Weihnachtsfeier mit den Gefangenen durchgeführt«, so der nach innen freie Traktleiter. Sein Deeskalationskonzept scheint spätestens am 17. Dezember dennoch gescheitert zu sein, lassen sich Unrechtsbewußtsein und Angst der zu »Schüblingen« degradierten Zivilgefangenen schließlich nicht mit ein paar Zugeständnissen beiseite räumen und versehen doch neben den Staatsdienern auch etliche Beschäftigte der WAKO (»Wachkommando«) - einer privaten »Sicherheitsfirma« - ihren Dienst in Glasmoor.

Proteste in der Folgezeit

Während mittlerweile mindestens einer der an der Revolte vom 17. Dezember beteiligten kurdischen Männer abgeschoben worden ist und ein weiterer Betroffener seine Abschiebung nur durch heftige Gegenwehr auf dem Flughafen zumindest mittelbar verhindern konnte, demonstrierten am 29. Dezember rund 40 Menschen überraschend vor dem Hamburger Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, wo zu diesem Zeitpunkt noch einige der an der Revolte Beteiligten einsaßen. Erst nach rund einer halben Stunde konnte die Polizei hier Kräfte zusammenziehen und die Kundgebung mittels Drohgebährden sowie nach einer Personalienfeststellung beenden. Am Sylvesterabend indes versammelten sich sogar mehr als 100 Menschen vor der JVA Glasmoor, um zum vierten mal seit Bestehen der dortigen Abschiebehaft unter dem Motto »Knallen gegen Knäste« gegen die deutsche Ausländerpolitik zu demonstrieren. In einer zweistündigen Kundgebung übermittelten die ProtestlerInnen den Gefangenen Grüße und Solidarität in sieben Sprachen und brannten unter den Augen lokaler Polizeikräfte Feuerwerkskörper am Tor des Abschiebetraktes ab. Mag die Duldung der Kundgebung durch die Polizei zunächst erstaunen (vor vier Jahren war ein ähnlicher Versuch an einem massiven Polizeieinsatz gescheitert), erklärt sich dieser Umstand eventuell daraus, dass zur Kundgebungszeit nur wenige Gefangene an die Fenster kamen. Nach Aussage mehrerer Gefangener war vielen Häftlingen zuvor untersagt worden, die Gardinen in den abgedunkelten Zellen aufzuziehen oder gar die Fenster zu öffnen. Auf den Fluren der Abschiebehaft sollen während der Proteste zahlreiche Schließer und Polizeibeamte die Umsetzung dieser Anweisungen überwacht haben. Schon mehrmals in der Vergangenheit hatte die JVA-Leitung dafür gesorgt, dass KundgebungsteilnehmerInnen zu »sensiblen« Zeiten einen zumindest scheinbar leeren Knast vorfanden. Sylvester scheint die Taktik aufgegangen zu sein, denn zumindest diese Kundgebung verpuffte so beinahe unbemerkt.

Achillesferse »Humanität«

Auch im jüngsten Vorgehen gegen einen IG BAU Gewerkschafter - der die Proteste gegen Abschiebehaft seit Jahren journalistisch wie aktiv begleitet und am 6. Dezember eine Hausdurchsuchung samt Beschlagnahme seines Rechners zur Kenntnis nehmen mußte, könnte man eine hektische »Überreaktion« auf sensible Enthüllungen erkennen. Lediglich mit dem Vorwurf der Beleidigung zweier unter anderem in der JVA Glasmoor tätigen Ärzte hatten an jenem Tag vier KriPo-Beamte eine etwa zweistündige Durchsuchung der Privaträume des Betroffenen durchgeführt.



Büren – Warten auf die Abschiebung

Den beiden Medizinern war zuvor in Artikeln vorgeworfen wurden, in mehreren konkreten Fällen Gefangene in der Abschiebehaft unzureichend behandelt und damit eine gesundheitliche Gefährdung bis hin zur Lebensgefahr der Betroffenen zumindest billigend in Kauf genommen zu haben. Bei den »falsch Verdächtigten« handelt es sich dabei einerseits um den in Norderstedt praktizierenden Internisten und Anstaltsarzt der JVA Glasmoor - Dr. Hans H. Köhler - und den Oberarzt der forensischen Psychiatrie im Klinikum Nord Ochsenzoll, sowie psychiatrischen Gutachter der Hamburger Justizbehörde - Dr. Wolfgang Pinski.

Seit Jahren beklagen sich Abschiebegefangene in der JVA immer wieder über unzureichende gesundheitliche Betreuung. Angefangen bei »schlechtem Essen« mündete die Kritik dabei ein ums andere mal in der Feststellung, bei jedwedem Krankheitsbild eine in den Containern sogenannte »Einheitspille« verabreicht zu bekommen. Bei dieser Einheitspille soll es sich nach weiteren Berichten um ein schlichtes Schmerzmittel handeln, mal »Paracetamol«, mal »Aspirin«. Zudem formierte sich in den letzten Monaten mehr und mehr Protest gegen die Praxis der Hamburger Ausländerbehörde, ÄrztInnen und auch AmtsärztInnen zumindest mittelbar zu unterstellen, ausreisepflichtige MigrantInnen entgegen den Tatsachen krank - ergo: »reiseunfähig« - zu schreiben. Den daraufhin direkt von der Ausländerbehörde angestellten ÄrztInnen sowie weiteren eng mit dem Amt zusammenarbeitenden MedizinerInnen wie Dr. Pinski, wurden in jüngster Zeit von antirassistischen Initiativen »Gefälligkeitsgutachten« und unlautere Behandlungsmethoden vorgeworfen, was zwischenzeitlich sogar zu einem sogenannten »Koalitionskrach« im rot-grünen Hamburger Senat führte, der jedoch mittels kosmetischer Korrekturen beigelegt werden konnte.

Zuletzt stellte am 25. Oktober letzten Jahres die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Susanne Uhl (REGENBOGEN - für eine neue Linke) eine »Schriftliche Kleine Anfrage« an den Hamburger Senat, die sich ausschließlich mit der Person des Dr. Pinski und seinen Arbeitsbereichen wie -

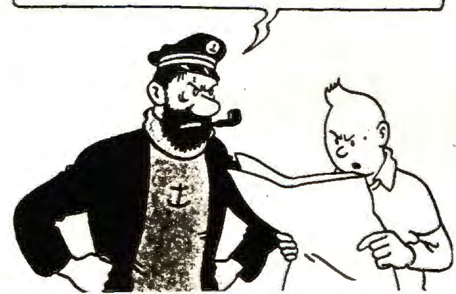
methoden befaßte.
Dazu aus einer Presseerklärung der Hamburger Glasmoorgruppe: »Die ganze Zeit nimmt er [ein Gefangener in Glasmoor, die Red.] unter Aufsicht Psychopharmaka, die Dosis wird zwischendurch erhöht. Aber erst nachdem ein behördenunabhängiger Facharzt für psychotherapeutische Medizin - Dr. Volker Friedrich - ihn in der Haft besuchte und ein [Pinski klar widersprechendes] Gutachten erstellte, womit seine Anwältin Alma Diepholt eine einstweilige Verfügung beantragte, wird der Behörde vom Verwaltungsgericht untersagt, ihn abzuschieben. Mehmet G. sitzt im Flugzeug, als er davon erfährt (...). Die Behörde, vertreten durch Herrn Zettler will das Gutachten von dem Psychiater Pinski noch einmal überprüfen lassen, der ihn schon häufiger für immer nur wenige Minuten gesehen hatte und mit den Worten ›wir sehen uns das letzte Mal, Du fliegst in die Türkei‹ verabschiedete«.
Die Antwort des Senats vom 3. November fiel dabei denkbar dürftig aus. Vor allem die zentralen Fragen nach Umfang und Art der Behandlung wie Begutachtung von Abschiebehäftlingen und der Häufigkeit der Vergabe von Psychopharmaka an »Schüblinge« blieben nahezu unbeantwortet. Die Verantwortlichen werden wissen warum.

Die nachstehende Stellungnahme zweier ehemaliger Bewohnerinnen des KSK-Vorderhauses wurde der Redaktion mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung zugesandt. Die Zeitung kommt dieser Bitte nach, auch wenn Art, Inhalt und Aufbau des Textes nicht gerade eine rationale Auseinandersetzung über den im KSK herrschenden Konflikt fördern werden.

Wegen der männlichen Ehrverletzung

oder vom Auszug von drei Frauen aus dem Kleiner Schäferkamp 46

Die vorliegende Stellungnahme von zwei aus dem Kleiner Schäferkamp 46 ausgezogenen Frauen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie ist eine Stimmungsbeschreibung mit der Intention Öffentlichkeit zu schaffen.
Im Mai 1999 konstituierten vier Frauen in den zuvor von anderen Frauen verlassenen Räumen der beiden oberen Etagen des KSK-Vorderhauses kollektiv eine Frauen-WG.
Es existierte auch der Wunsch nach gemeinsamen Aktionen und Aktivitäten mit den männlichen Mitbewohnern der beiden unteren Etagen, obwohl sich diese gemeinsamen Aktionen innerhalb weniger Monate auf das gemeinsame Organisieren der Kneipe im unteren Haus und einige gemeinsame Abendessen reduziert hatten.
Es war kein Zufall, dass diese Räume Frauen-WG bleiben sollten. Dies war zuvor durch das Gesamthausplenum so definiert und beschlossen worden. Es äusserte sich auch darin, dass die neu eingezogenen Frauen von den Vorderhausmännern mitausgewählt wurden. Die Tatsache, dass einige der Einzüge der Frauen mit Unterstützung der Männer durchgeführt wurden, ändert auch nichts an der Definition als Frauenraum.
Diese Trennung wird auch über formale Abläufe deutlich :
Die Frauen sind unabhängig von den Männern auf den Plena erschienen
Miete, Einkauf, Plenumbuch und Organisation waren im Ablauf immer voneinander getrennt.
Dass die vier Frauen unterschiedlicher Herkunft waren wurde nie zum Problem, wenn es darum ging konstruktive und tolerante Auseinandersetzungen zu führen.
Im Zusammenhang mit dem Einzug einer von uns dreien, die sich zum ersten Mal in Deutschland aufhielt, haben die Männer des Vorderhauses ein sexistisches Interesse ihr gegenüber entwickelt, was zu einer



deutlichen Männerhierarchie geführt hat.
Das sexuelle Leben dieser Frau wurde in der Männeretage, u.a. in Form von Plena, zum allgemeinen Thema gemacht. Ausser der betroffenen Frau war während dieser Diskussionen nur die Frau anwesend, die aus der ursprünglichen Frauen-WG zum jetzigen Zeitpunkt noch dort wohnt. Zwei von uns wurden hierzu gar nicht erst eingeladen, da bekannt war, dass wir solch eine »Vorführung« nie toleriert hätten.
Die permanente Überschreitung der Grenzen der betroffenen Frau und der sexistische Druck von mehreren der Männer auf sie, lösten bald einen Nervenzusammenbruch und die Distanzierung ihrerseits von den Männern aus.
In einem Gespräch innerhalb der Frauenetage haben wir daraufhin erfahren, dass dies nicht das erste mal eine Überschreitung von Grenzen einer Frau in diesem Haus gewesen war. Es wurde aber beabsichtigt den Inhalt dieser Unterhaltung nicht weiter nach aussen zu tragen. Die derzeit noch im Projekt lebende Frau ging jedoch in die Männeretage und erzählte ihnen von dem unter den Frauen stattgefundenen Austausch über das Verhalten in der Männeretage. Daraufhin folgte die Auszugsaufforderung an eine der von den Grenzüberschreitungen betroffenen Frau, die zusätzlich als »Intrigantin« und »asozial« bezeichnet wurde.
Es folgte weiterer Psychodruck auf uns:
Weitere Auszugsaufforderungen an zwei von uns, Drohbriefe, Totenköpfe an dem Namen von einer von uns, Persönliche Anmachen mit der Empfehlung »vorsichtig zu sein«, der Hinweis darauf hier im Haus »nur zu Gast« zu sein und dass »man zwar eine Meinung haben könne, aber die solle man besser für sich behalten«....
Die ständige Präsenz der Männer in der Frauenetage ohne unsere Einwilligung
Die Bezeichnung der Frauen als »Votze« seitens der Männer
Die sich selbst zum Sprachrohr berufene Frau entsolidarisierte sich von uns, indem sie der von Sexismus betroffenen Frau vorwarf ihre »Körpersprache» sei »undeutlich»
Einer der Männer verliess erst wegen der Präsenz eines männlichen Besuchers der Frauenetage die Räume. Vorherige klare Aufforderungen von uns, diese zu verlassen, ignorierte er.
Das sind einige der Angriffe, die innerhalb des Machtspieles im Haus stattgefunden haben.
Wir haben versucht uns dagegen zu wehren. Dies haben wir zunächst in Form eines Briefes an die Männer versucht, in dem wir unsere Selbstbestimmtheit in Bezug auf unsere Lebensform (inklusive der Entscheidung welche in der Frauenetage wohnt und welche nicht) deutlich gemacht haben und klare Ansagen mit der Aufforderung nach dem Unterlassen o.g. Übergriffe gemacht haben.
Wir haben zusätzlich bei den anderen Mitbewohnerinnen des Projektes nach Solidarität und Unterstützung gefragt. So berichteten wir im Mittelhaus detailliert über die Vorfälle; im Hinterhaus beschränkten wir uns auf die Forderung nach Unterstützung bezüglich der Selbstbestimmtheit unserer Lebensform und gegen die Anmache im Haus.
Sexismus sollte ersteinmal kein Thema werden, da es uns vorrangig um die Ver-

teidigung unserer Frauenräume ging, innerhalb derer wir uns in Ruhe überlegen wollten wie wir mit diesem spezifischen Thema in Zukunft umgehen wollten.
Daraufhin fand ein Gesamthausplenum statt, wo das Private als unpolitisch erklärt wurde, das mit »professioneller Hilfe« von draussen gelöst werden könne. Abgesehen davon wurde ein Gesamthaussexismusplenum vorgeschlagen. Dort sind wir nie erschienen, weil wir nicht mit den Tätern an einem Tisch diskutieren wollten.
Das weitere Wohnen dort war unerträglich. Uns blieben keine Möglichkeiten uns gegen diesen Sexismus, das Mackerverhalten, Machtspiele und den Psychoterror zu wehren. Wir mussten ausziehen.
Dies war unsere Niederlage auf politischer und persönlicher Ebene. Aber: Zu diesem Zeitpunkt waren wir nicht mehr alleine. Rund 20 Personen haben uns bei dem Auszug geholfen. Darunter befanden sich auch einige der ehemaligen Bewohnerinnen der Frauenetage. So wurden die beiden Etagen demontiert. Was dort im Laufe der Jahre mit der Absicht einer Gemeinschaftsnutzung installiert wurde, wurde von allen abmontiert und mitgenommen:
Wir hatten einen Frauenraum verloren und wir alle wollten ihn nicht sexistischen und patriarchalen Menschen zur freien Verfügung hinterlassen. Es wurden auch die Wände mit Sprüchen im Ton der im Haus stattgefundenen »Auseinandersetzung« besprüht. Einige der Sprüche finden wir selber sehr beschissen, aber wir tolerieren nicht, dass der Rest übersehen und die Sprüche zum alleinigen Thema der aktuellen Auseinandersetzung gemacht werden.
Nach unserem Auszug war das Ganze nicht zu Ende, die Bedrohungen und Anmachen gegen die Frauen und Umzugshelferinnen sind weitergegangen:

- Das Zimmer eines der Umzugshelfer wurde von Männern des Vorderhauses verwüstet
- Mehrere UmzugshelferInnen wurden telefonisch und persönlich bedroht
- Eine Freundin von uns wurde als »Votze« beschimpft
- Eine von uns wurde auf ihrem Arbeitsplatz aufgesucht und belästigt
- Die gebliebene Mitbewohnerin auf der »Frauenetage« schlug in der Nacht zum 1. Mai 2000 vor der Flora eine von uns drei Frauen mehrmals ins Gesicht
- Es finden auch in herumgereichten »Flugis« ständige Diffamierung und Tatsachenverdrehungen seitens des KSK-Vorderhauses statt
- Einer der Umzugshelfer, der im Vorjahr im Unternehmen eines der KSK–Vorderhaus-Männer gearbeitet hatte und bei dem noch Lohnzahlungen offen standen, wurde für die bei dem Umzug entstandenen Schäden verantwortlich gemacht und in Folge dessen sein Lohn als »Wiedergutmachung« unterschlagen
- Derselbe Mann wurde in offenen Briefen denunziert und verleumdet und erst vor ein paar Tagen in einer Kneipe körperlich angegriffen. Wir bewerten dies als ein Zeichen dafür, dass auf diesen Mann fast der gesamte Konflikt projeziert wird; was wir aufs schärfste ablehnen.

Er selbst akzeptierte die absurde Ubertragung einer Auseinandersetzung innerhalb der linken Szene auf die Ebene des erpresserischen Verhältnisses zwischen kapitalistischen Unternehmern und Angestellten nicht. Er ging zur Gewerkschaft, um seinen Lohn einzuklagen. Der Prozess läuft. Ebenso eine Unterlassungsklage als Reaktion auf die offenen Briefe.
Im Gegenzug dazu sollen wir von einer Schadensersatzzahlung über DM 10.000,- durch das Vorderhaus KSK belangt werden. Um den Prozess zu verhindern und eine Lösung der beidseitigen Ansprüche herbeizuführen fand ein Treffen von uns und den noch im KSK lebenden Frauen (inklusive Hinterhaus) sowie unserer und deren jeweiligen Freundinnen und Unterstützerinnen statt. Auf diesem Treffen wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der von den Männern des Vorderhauses allerdings als nicht tragfähig abgelehnt wurde. Offentliche Anfeindungen und Bedrohungen haben nicht aufgehört, weitere sind zu erwarten.
Wir sind der Uberzeugung, dass die sexistische Eskalation und die darauf folgende Art der Auseinandersetzung so nicht stattgefunden hätte, wenn wir vorher mehr »innerhalb der Szene« verankert gewesen wären: Die Hemmschwelle wäre einfach zu hoch gewesen.
Uns reicht es schon lange. Trotzdem entschliessen wir uns erst jetzt den Konflikt öffentlich zu machen, da wir auf Unterstützung und Einmischung hoffen. Dies ist keine Familienangelegenheit.
Wir fordern die sofortige Annahme des gefundenen Kompromisses!
Dazu gehört:
Sofortiger Stopp jeglicher Anfeindungen und Bedrohungen!
Keine Schadensersatzklage!
Die Frauen haben keine Renovierungskosten zu tragen!
Die Kosten werden vom Gesamthausprojekt KSK getragen!
Sofortige Zahlung des Lohnes!
Frauenraum im KSK soll bleiben!
Wir sind dann bereit unseren Teil des Kompromisses einzuhalten.
Es wird immer davon geredet; dass ein linkes Wohnprojekt zerstört wurde. Zerstört wurde es, aber sind wir die Zerstörenden gewesen???
Uberprüft eure Meinung! Es hat schon genug Ubergriffe gegeben, die wir (von Anfang an) nicht haben wollten. Dagegen brauchen wir Unterstützung und Solidarität.

Zwei der umgezogenen Frauen.

Kommentar derer, die sich in der Redaktion für die Veröffentlichung des Textes ausgesprochen haben:

Die Verfasserinnen schreiben selber, die »Stellungnahme ... erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie ist eine Stimmungsbeschreibung mit der Intention Offentlichkeit zu schaffen.« Die Hintergrundkonflikte zwischen den beiden Frauen und ihren ehemaligen MitbewohnerInnen scheinen sich über eine ziemlich lange Zeit auf den verschiedensten Ebenen abgespielt und beiderseitig zugespitzt zu haben. Die nachstehende Stellungnahme schafft dabei keinen genauen Ein- und Uberblick zu dieser Vorgeschichte. Dies ist jedoch u.E. weder möglich noch unbedingt sinnvoll, solange es sich um eine Aneinanderreihung von subjektiven »Stimmungsbeschreibungen« handelt und die politische Einordnung bzw. Positionierung nur oberflächlich behandelt wird. Denn dies provoziert ebenso solche subjektiven Wahrnehmungsäußerungen der »anderen Seite« und forciert (die bereits schon voll im Gange stehende) Schlammschlacht. Den Wunsch der Verfasserinnen nach Schutz vor weiteren Ubergriffen durch Offentlichmachung der eskalierten Situation zwischen ihnen und ihren ehemaligen MitbewohnerInnen finden wir jedoch legitim und ernstzunehmend. Denn diese Eskalation äußert sich in verbalen und körperlichen Ubergriffen auf die Verfasserinnen und ist damit ein politisch zu bewertendes Thema, auch wenn es aus persönlichen Differenzen im Wohnzusammenhang entstanden ist.
Die Tatsache, daß sich die Männer und ihre UnterstützerInnen in der Folge der Streitereien mit zwei Frauen und als Reaktion auf empfundene und offensichtlich auch stattgefundende Angriffe auf sie (»Demontage« der ehemaligen Frauen-Etage, Besprühen der Wände »mit Sprüchen im Ton der im Haus stattgefundenen ›Auseinandersetzung‹«) mit Beleidigungen, und Bedrohungen zu »wehren« versuchen, ist eindeutig sexistisches Verhalten, um die Frauen einzuschüchtern und mundtot zu machen, die sie bereits vorher des Sexismus und Mackertums beschuldigt haben. Damit überschreiten diese Männer die Grenze des Bereichs einer wohnprojektinternen Problematik.
Wir wollen mit der Veröffentlichung der Position beziehen, gegen die laufende Einschüchterungspolitik durch die Männer aus dem KSK-Vorderhaus und ihren UnterstützerInnen. Wir geben im Rahmen unserer Möglichkeiten als Zeitungsprojekt den beiden Frauen damit ihre geforderte Unterstützung und Solidarität gegen die stattgefundenen Ubergriffe.

BUCHTIPS

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22



Schöne, Heile Welt? - Biomedizin und Normierung des Menschen

„Schöne heile Welt". Schon in antiken Gesellschaftsentwürfen, wie in modernen Science-Fiction-Vorstellungen findet sich die Idee, durch eine biologische Optimierung des Menschen und eine rassistische Selektion von Menschengruppen einen gesunden-heilen Menschen und eine schöne-friedliche Welt zu erschaffen. Zum Wohle des Einzelnen und zum Heil der Gemeinschaft. Versuche, den Traum eines leidfreien Lebens in die Realität zu überführen, endete im Alptraum und ging mit sozialrassistischen Denkweisen einher. Der Sammelband problematisiert die aktuellen Visionen und reflektiert die momentanen Debatten – von Pränatal Diagnostik, Transplantationsmedizin, Fitnesswahn über fremdnützige Forschung an Behinderten, Euthanasie-Praktiken bis zur theoretischen Bioethik. Darüber hinaus werden die politischen und ökonomischen Hintergründe skizziert und die Möglichkeiten des Widerstandes erörtert. In seinem Beitrag „Behinderte Selbstbestimmung = weniger soziale Absicherung?" setzt sich Gerlef Gleis mit den widersprüchlichen Folgen der Forderung von Behinderten nach Selbstbestimmung auseinander. So werde von staatlichen Seite versucht die Kürzung der finanziellen Unterstützung mit dem Verweis auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung von Behinderten zu rechtfertigen. Gerade die Verbindung von Fachkenntnis und der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen macht die Stärke dieses Buches aus.

Christian Mürner/ Adelheid Schmitz/ Udo Sierck (Hg.)
VLA/ Schwarze Risse/ Rote Straße. Hamburg/Berlin 2000 - 24 DM



Beurteilt - Vermessen – Ermordet

Über 200.000 Menschen fielen der sogenannten „Euthanasie" im Nationalsozialismus zum Opfer und über 400.000 Menschen wurden zwangssterilisiert. Doch die Programme der Vernichtung und Zwangssterilisation des als „unwerten Lebens" stigmatisierten wurden lange vorher entworfen. Klaus Peter Drechsel zeichnet die Entwicklung der ersten Euthanasie-Überlegungenen hin zu der Vernichtungs-Praxis in Deutschland nach. Die enge Verbindung des Wandels des Begriffes mit den wissenschaftlichen Überlegungen und den ökonomischen Bedingungen zeigt er in den einzelnen Bereichen der Psychiatrie, Medizin, Eugenik und Armenpflege auf. Dabei beschränkt er sich auf zentrale Theoretiker und deren Relevanz. Euthanasie war mitnichten eine Erfindung der Nazis und sie war eingebettet in eine Betrachtungsweise, die Menschen verdinglicht, vermisst und bewertet. Desweiteren beschreibt er die enge Verbindung zwischen Rassenhygiene und Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus war letztendlich der staatliche Rahmen, in dem Mediziner und Eugeniker Menschen als Versuchsobjekten mißbrauchten und Menschen als „minderwertig" töteten. Alles zum vermeintlichem Wohle des Einzelnen, der „erlöst" werden mußte und zum Schutz der Volkskörpers, der „geschützt" und „gereinigt" werden sollte. Das kleine Buch – Din A 5, 170 Seiten - ist eine gelungene Einführung in die Thematik, das sich vor allem dadurch auszeichnet, daß es die Verdichtung des Eugenikgedankens in den einzelnen Bereichen – Psychiatrie, Sozialwesen, Medizin und Vererbungslehre – beschreibt, die in der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus mündete. Kurz und knapp wird ein Überblick der Historie geliefert. Die Aktualität ergibt sich aus den alten Inhalten, die wieder neu thematisiert werden.

Klaus-Peter Drechsel - DISS. Duisburg 1993 - 16.80 DM

Er, Sie und Es

Utopische Romane greifen auf aktuelle Debatten und moderne Techniken in der Gegenwart zurück und denken sie weiter, um die Zukunft zu entwerfen. In „Er, sie und es" erzählt Marge Piercy nicht nur die Geschichte von einer Technikerin, die unter dem Kunsthimmel einer Konzernwelt des 21. Jahrhunderts um das Sorgerecht für ihr Kind streitet und von der freien Metropole Tikva, die um ihre Unabhängigkeit kämpft; sie beschreibt auch eine Welt, in der die natürliche und künstliche Welt eins sind und die Grenzen von Mensch und Cyborg verwischen. Und stellt die Frage nach dem, was den Menschen letztendlich ausmacht.
Während die Frau aus der Konzernstadt fliehen muß, erzählt ihre Großmutter dem Cyborg Jod Gutenachtgeschichten. Die Legende, die sie für ihn im Cyberspace deponiert hat, führt zurück ins Prag des 16. Jahrhunderts. Denn wie in der Vergangenheit einst Rabbi Loew einen Golem zum Schutz des Ghetto schuf, erschafft auch die Stadt Tikva ein Bollwerk zum Schutz gegen die Angriffe der Multikonzerne; Jod. Außer das der Roman die Geschichte eines Widerstands beschreibt, in dem Frauen dominieren, wirft er auch Fragen über Bioethik, Technik und Menschsein auf. Der Titel ist insofern auch treffend, denn alles scheint vermengt und verkabelt: Er ist sie, sie ist er und es kann er und sie sein. Ein spannender, tiefgehender, feministischer Roman.

Marge Piercy - Argument Verlag. Hamburg 1998 - 24.80 DM

Öffnungszeiten:
Mo.-Mi.-Fr.:
14:00-19:30
Sa.: 12:00-15:00

Rote Flora im Februar 2001

Samstag	03.02.	23:00 Uhr	**KINGSTEP Original HI-FI** wid Ras Cristi at the controls and Culture Japhet pon di mic inna Dub Rockers Showcase featuring: the veteran Jah Brown singing sensation Puppa Pensi and di Fireyouth Tony Flex
Montag	05.02.	21:00 Uhr	Konzert: **Les Savy Fav** (NY) & **Eniac** (HH
Dienstag	06.02	18-23 Uhr	Dubcafe: **Roots Commandment**
Donnerstag	08.02.	21:30 Uhr	HC-Konzert: **Within Reach** (Schweden), **Driftnet** (Bielefeld), **Fire at all** (Hamburg)
		21:00 Uhr	Vollmond Orchester
Samstag	10.02.	21:00 Uhr	Solikonzert für das Anti Castor Camp mit **Peace of mind** (Göttingen), **Collided in Shades, Snørk**(HH/spacepunkcore)+ **Betacore**(HC/Holland
Sonntag	11.02.	15:00Uhr	Drumcircle - Instrumente bitte mitbringen! kost nix
Dienstag	13.02.	18-23 Uhr	Dubcafe: **Weed Acoustix**
Freitag	16.02.	23:00 Uhr	Benefiz - les-bi-schwul: **AmDrams+KellerCLUB+Indiehölle** 3Ebenen: *chill out Lounge AudioVisualArt *Musik mitgebrachter Gäste (divstylewildmixed) *Independent Pop/Rock www.kellerclub.de –
Samstag	17.02.	23:00 Uhr	**"No Problem Island"** - 2 Floor Reggae-Love Celebration upstairs: Black Famous and special Guests are playin' easy sunshine Reggae and inna Roots downstairs: Original Dancehall-Party
Dienstag	20.02.	18-23 Uhr	Dubcafe:**Ire Hifi**
Freitag	23.02.	21:00 Uhr	Konzert: **Graue Zellen** Abschiedskonzert+**Play Root**
Dienstag	27.02.	18-23 Uhr	Dubcafe: **Ital Acoutics**
Freitag	02.03.	23:00 Uhr	**RINCE OUT** Party on two floors mainfloor: Drum'n'bass. basement: Techno
Samstag	03.03.	21:00 Uhr	Konzert: **Hammerhai** (SkaPunk aus Hannover mit Dt.-Texten) and Support: (SkaPunk Newcomer aus HH)

regelmäßige termine:

Montag	Kochsession veganes Essen ab 19Uhr
Montag	offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen ab 17Uhr
Montag*Donnerstag	Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007 16-19Uhr
Dienstag	Dubcafe 18-23 Uhr
Donnerstag 14-tägig	Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Für die anderen Donnerstage werden neue Leute gesucht!	
1.Samstag im Monat	Frühstück ab 12 Uhr



AHOI Balduintreppe an der Hafenstrasse (leider ohne Anfangsuhrzeit)

Donnerstag	01.02.	A-Team:	indie, progressive
Samstag	03.02.	Party	Trippy Drops Sound
Sonntag	04.02.	chez Mutti	Tanztee mit Kuchen
Mittwoch	07.02.	PEP, Bootsmann & ramin:	disqualifiziert
Donnerstag	08.02.	DJ Berg und Tal	ska, reggae (proletarisch)
Sonntag	11.02.	Afterwork – Klub	toutes directions
Mittwoch	14.02.		Kneipe
Donnerstag	15.02.	Gastspiel DJ Locorosso (SH):	Latino-Jazzgrooves
Samstag	17.02.	DJ Goodfeller & guest	Audio Affairs/ Freestyle
Sonntag	18.02.	chez Mutti	Tanztee mit Kuchen
Mittwoch	21.02.	Klaus' Afterwork – Klub	für Erwachsene
Donnerstag	22.02.	3 Doppelhaushälften:	Das Haus poppen
Sonntag	25.02.	Afterwork – Klub	toutes directions